

**außerordentlicher CDU-Landesparteitag
am 28. Januar 2022**

TOP 7

**Änderungsanträge zum
Landtagswahlprogramm**

Mappe A

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A1	1	170	178	streiche und setze	Programmkommission	<p>Streiche Zeilen 170 bis 178 ab „Mit dem...“ und setze: Mit dem Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) haben wir in Schleswig-Holstein eine weitere Möglichkeit, um mehr Fachkräfte als Erzieherin oder als Erzieher auszubilden.</p> <p>Die PiA-Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Seit 2019 haben sich die Schulstandorte auf 11 Fachschulen in Schleswig-Holstein verdoppelt. Diese positive Entwicklung werden wir fördern und unterstützen, mit dem Ziel, alle Potentiale auszuschöpfen, um den stetig steigenden Bedarf in diesem Berufsfeld zu decken. Wir wollen eine Ausbildungsvergütung für den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher. Wir können uns dabei auch mittelfristig eine Entwicklung in Richtung dualer Ausbildung vorstellen. Dies wollen wir in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt möglich machen. Wenn das notwendig ist auch an mehreren Standorten, um die besonderen Bedarfe in bevölkerungsreichen Gebieten abzudecken. Ebenso streben wir auch an die Ausbildungskapazitäten für Sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten (SPA) auszubauen. Neben den Ausbildungskapazitäten wollen wir auch die Fachkraft-Anerkennung von fachähnlichen Berufen erleichtern.</p>		Annahme
A2	1	200		streiche und setze	Programmkommission	<p>Ersetze 198 bis 199</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir wollen die PiA-Ausbildung erheblich ausweiten und zukünftig für den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher eine Ausbildungsvergütung einführen. Das Angebot soll in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt möglich sein. Mittelfristig wollen wir die Ausbildung in eine duale Ausbildung weiterentwickeln. - Ebenso wollen wir die die SPA-Ausbildung im Land ausbauen. 		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A3	1	172	173	Prüfen	Frauen Union SH	Im Jahr 2019 wurde diese Erzieherausbildung nur an zwei Standorten in Schleswig-Holstein angeboten. Bitte berichtigen, es sind laut der Kleinen Anfrage DRS. 19/3332 6 Standorte gewesen.		Erledigt durch Annahme A1 & A2
A4	1	175	ff.	setze	CDU-KV Pinneberg	Das PiA Modell und vergleichbare Angebote wie z.B. das Stipendienmodell des Kreises Pinneberg sollen daher landesweit noch stärker ausgebaut und mit weiteren finanziellen Mitteln hinterlegt werden.“...	Es sollten alle Optionen gefördert und gestärkt werden, die dem Fachkräftemangel im Betreuungsbereich entgegenwirken, zumal in den nächsten Jahren mit einer Steigerung des Personalbedarfs dort gerechnet werden muss. Sowohl PiA als auch das Stipendienmodell haben sich seit ihrer Einführung bewährt und einem Zuwachs von Bewerbern für diese Berufsgruppe gegenüber den Vorjahren bewirkt.	Erledigt durch Annahme A1 & A2
A5	1	177		setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	... werden. Ebenso ist der zusätzliche Bedarf über eine duale Erzieher-Ausbildung anzustreben und die Zugangsmöglichkeiten zu pädagogischen Berufen sind zu optimieren. Wir brauchen ...		Erledigt durch Annahme A1 & A2
A6	1	177		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Das PIA-Modell muss als Angebot zahlenmäßig an den Bedarf angepasst und die Finanzierung der Ausbildung und der Praxisanleitung muss vom Land übernommen werden. Ausreichende Schulplätze müssen hierfür sichergestellt werden. Grundsätzlich wollen wir die Ausbildung der Erzieher nach dem Vorbild der dualen Ausbildung umbauen.“	Auszubildende in den ersten beiden Jahren können nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Die Ausbildung erfolgt zugunsten der Allgemeinheit, eine Übernahme in der auszubildenden KiTa ist nicht garantiert. Es ist aber wahrscheinlich, dass die Auszubildenden in SH	Erledigt durch Annahme A1 & A2

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							bleiben. Die Kommunen dürfen nicht belastet werden.	
A7	1	178		setze	CDU-KV Stormarn	Hinsichtlich der Umsetzung der Kita-Reform macht sich bemerkbar, dass wir zu wenig Fachkräfte haben. Wir wollen eine Fachkraft-Anerkennung von fachähnlichen Berufen umsetzen. Weiterhin wollen wir die Ausbildung (PIA) stärken. Dafür wollen wir, dass in den Einrichtungen Personal explizit für die Ausbildung bereitgestellt wird, sodass für die praxisnahe Ausbildung feste Ansprechpartner vorhanden sind, die auch die nötige Zeit für eine gute Ausbildung gewährleisten können. Eine Ausbildungsvergütung wird eingeführt.	Erfolgt ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme A1 & A2
A8	1	200		setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	nach 200: Wir werden uns für eine duale Erzieher-Ausbildung einsetzen und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.		Erledigt durch Annahme A2
A9	1	262		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	Füge als neuen Punkt ein: Wir werden dafür sorgen, dass den Auszubildenden in den Kindertagesstätten ein Lohn in der Ausbildung gezahlt wird.	Während es in fast allen Berufen selbstverständlich ist, dass alle Auszubildenden einen Lohn erhalten, so ist das in den Kitas nicht der Fall. Wenn wir Fachkräfte hier gewinnen wollen und diesen Beruf attraktiv machen wollen, muss das geändert werden.	Erledigt durch Annahme A2
A10	1	183		setze	Frauen Union SH	Mittelfristig streben wir die Elternbeitragsfreiheit in der Kindertagesbetreuung an.		Ablehnung
A11	1	202		setze	Frauen Union SH	Mittelfristig streben wir die Elternbeitragsfreiheit in der Kindertagesbetreuung an.		Ablehnung bzw. erledigt durch Ablehnung A10
A12	1	254		setze	CDU-KV Pinneberg	setze als weiteren Spiegelstrich: Wir fordern das Vorziehen der verpflichtenden Schuleingangsuntersuchungen bis spätestens 31.12. des Vorjahrs der angedachten Einschulung des Kindes, um rechtzeitig		Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						eine nicht ausreichende Schulreife erkennen zu können, um eventuelle Fördermaßnahmen einleiten zu können. Hiermit wird der Übergang von KiTa zur Grundschule für die betreffenden Kinder erleichtert.		
A13	1	274		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	Füge ein: Dazu gehört auch der Englischunterricht. Da sich die Welt immer stärker miteinander vernetzt, werden Sprachen immer wichtiger. Aus diesem Grund soll Englisch gefördert und ab der ersten Klasse unterrichtet werden.		Ablehnung
A14	1	324		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	Füge zusätzlich als neuen Punkt in Zeile 324 ein: Wir wollen, dass Englisch ab der 1. Klasse unterrichtet wird.		Ablehnung, bzw. erledigt durch Ablehnung A13.
A15	1	334	336	streiche und setze	Junge Union SH	"An Gemeinschaftsschulen werden wir ab Klasse 7 in den Hauptfächern und freiwillig in den Nebenfächern Lerngruppen nach Leistungsstand teilen."	ggf. mündlich	Ablehnung
A16	1	287		setze	Programmkommission	Ergänze nach dem letzten Satz: Weiter wollen wir die Unterstützung von kleinen Grundschulstandorten fortsetzen. Für uns gilt weiterhin: Kurze Beine, kurze Wege. Daher sollen diese Standorte eine zusätzliche Unterstützung durch das Land erhalten.	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
A17	1	292		streiche und setze	Junge Union SH	"Den Gemeinschaftsschulen...und zu fördern", setze "Um Schülerinnen und Schüler noch besser an den Gemeinschaftsschulen fördern und auf die Schulabschlüsse vorbereiten zu können, werden wir ab Klasse 7 in den Hauptfächern und freiwillig in den Nebenfächern Lerngruppen in erhöhtes und grundlegendes Niveau teilen."	ggf. mündlich	Ablehnung, bzw. erledigt durch Ablehnung A15
A18	1	512		setze	Programmkommission	Ergänze nach Z. 512: Dies hat sich bereits im Rahmen des Aktionsprogramms Aufholen nach Corona, das von Bund und Ländern in gemeinsamer Verantwortung gestaltet wurde, bewährt. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, Aufhol- und Ferienprogramme auch nach der Pandemie weiter vorzusehen und finanziell zu unterstützen.		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A19	1	555	560	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	<p>Interdisziplinäre Teamsausgebaut werden.</p> <p>Interdisziplinäre Teams sind wichtige personelle Bausteine im Schulalltag, die dafür sorgen, dass eine Betreuung aller Schülerinnen und Schüler erfolgen kann, um die Teilnahme an der Klassengemeinschaft zu gewährleisten.</p> <p>Der Evaluationsbericht zur Schulassistenz zeigt die Notwendigkeit auf, dass Schulassistenz und Schulbegleitung zu einem Leistungselement zusammengedacht werden soll. So können alle Schülerinnen und Schüler eine präventive und bestmögliche Unterstützung von Anfang an erhalten. Auch Sonderpädagogen und Schulsozialarbeit sollen zu diesem Team zählen. Es ist die konkrete Datenlage zu ermitteln und es sind Verteilungskriterien zu benennen, um dann in einem guten Zusammenwirken zwischen dem Land und den Kreisen und kreisfreien Städten zu Budgetansätzen zu kommen.</p> <p>An den bereits rechtskreisübergreifenden Modell-Pool-Standorten lässt sich eine größere ökonomische Effizienz feststellen. Ausgehandelte Budgets schaffen eine kalkulierbare Kostenentwicklung.</p> <p>Systemische Poollösungen werden Bestandteil des Fortbildungsangebotes zur multiprofessionellen Teamentwicklung und sollen landesweit ausgebaut werden.</p>	<p>- Multiprofessionelle Teams unterstützen den Bildungsauftrag von Anfang an und umgehend,</p> <p>- ein Zusammenwirken von SBG XII/VIII/IX und weitere zeigt sich als ressourcensparend,</p> <p>- niemanden zurückzulassen, allen einen individuellen Abschluss zu ermöglichen und alle schaffen den Übergang in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Multiprofessionelle Teams sind wichtige personelle Bausteine im Schulalltag, die dafür sorgen, dass eine Betreuung aller Schülerinnen und Schüler erfolgen kann, um die Teilnahme an der Klassengemeinschaft zu gewährleisten.</p> <p>Der Evaluationsbericht zur Schulassistenz zeigt die Notwendigkeit auf, dass Schulassistenz und Schulbegleitung zu einem Leistungselement zusammengedacht werden soll. So können alle Schülerinnen und Schüler eine präventive und bestmögliche Unterstützung von Anfang an erhalten. Auch Sonderpädagogen und Schulsozialarbeit sollen zu</p>

Nr.	Ka- pi- tel	Zeile	bis Zeile	Art	Antrags- steller	Anträge	Begründung	Votum Antrags- kommission
								<p>diesem Team zählen. Es ist die konkrete Datenlage zu ermitteln und es sind Verteilungskriterien zu benennen, um dann in einem guten Zusammenwirken zwischen dem Land und den Kreisen und kreisfreien Städten zu Budgetansätzen zu kommen.</p> <p>An den bereits rechtskreisübergreifenden Modell-Pool-Standorten lässt sich eine größere ökonomische Effizienz feststellen. Ausgehandelte Budgets schaffen eine kalkulierbare Kostenentwicklung. Systemische Poolösungen werden Bestandteil des Fortbildungsangebotes zur multiprofessionellen Teamentwicklung und sollen landesweit ausgebaut werden.</p>

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A20	1	565	566	streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	Die Schulassistenzen an den Grundschulen werden wir landesweit auf Grundlage des Evaluationsberichtes vom Oktober 2020 stärken.-> Die Schulassistenzen werden fester Bestandteil multiprofessioneller Teams und werden landesweit auf der Grundlage des Evaluationsberichtes vom Oktober 2020 ausgeweitet.		Annahme
A21	2	922		setze	CDU-KV Flensburg	setze: Schleswig-Holstein hat eine lange maritime Tradition. Dazu gehören sowohl die Marine, als auch die Werften, die vielen Unternehmen, die hier im Bereich der maritimen Wirtschaft tätig sind sowie die umfänglichen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im nautischen Bereich. Wir möchten die maritime Transformation klimaneutral, digital und nachhaltig gestalten. Dazu wollen wir für die maritime Wirtschaft innovative Forschungsergebnisse und fachliche Ressourcen im Schiffsbau nutzen, um moderne und klimaneutrale Schiffe und Antriebstechnik zu bauen, die dazu beitragen, die Emissionen zu senken, um Schleswig-Holsteins Klimaziele noch besser erreichen zu können.		Annahme in geänderter Fassung: Einfügen in Zeile 935: Neben dem Marineschiffbau möchten wir unsere Werften unterstützen die maritime Transformation klimaneutral, digital und nachhaltig zu gestalten. Dazu wollen wir für die maritime Wirtschaft innovative Forschungsergebnisse und fachliche Ressourcen im Schiffsbau nutzen, um moderne und klimaneutrale Schiffe und Antriebstechnik zu bauen, die dazu beitragen, die Emissionen zu senken, um Schleswig-Holsteins Klimaziele

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								noch schneller erreichen zu können.
A22	2	1014	f.	setze	CDU-KV Pinneberg	„Wir werden uns auf Bundesebene erneut für die Möglichkeit einsetzen, einen Antrag auf Einwanderung sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland stellen zu können. (sog. Spurwechsel).“	Da es bei einem Einwanderungsverfahren um Fachkräftezuwanderung geht, ist Voraussetzung für den Wechsel selbstverständlich nicht nur Integration, sondern der Fachkraftnachweis. In Deutschland und auch in Schleswig-Holstein gibt es nach wie vor einen hohen Bedarf an Fachkräften. Eine klare Regelung, die integrierten und auf dem Arbeitsmarkt benötigten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern den Wechsel in ein reguläres Einwanderungsverfahren ermöglicht, ohne den Umweg einer vorgelagerten Ausreise, stellt bei der Bewältigung des Fachkräftemangels ein insbesondere für unsere Wirtschaft wichtiges Instrument dar. Wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels (vgl. auch Zeile 4876 f). Dabei muss weiterhin streng zwischen Einwanderung einerseits und der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen aus	Annahme in Zeile 1030

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							humanitären Gründen andererseits getrennt werden.	
A23	2	1023		setze	Programmkommission	<p>Ergänze nach Zeile 1023: Wir wollen das vorhandene Potential für mögliche Fachkräfte in Schleswig-Holstein stärker nutzbar machen. Dies kann uns beispielsweise dadurch gelingen, in dem wir die Teilzeitquote dadurch senken, dass wir attraktive Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche schaffen. (siehe 1.2, 1.7) Gerade eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen kann bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels helfen. Hierfür werden wir mit weiteren familienpolitische und gleichstellungspolitischen Maßnahmen die richtigen Voraussetzungen schaffen, damit Frauen diese Möglichkeit leichter ergreifen können (siehe 7.2 und 7.5).</p> <p>Daneben gilt es aber auch weiter daran zu arbeiten, dass sich Potentialgruppen für den Arbeitsmarkt wie zum Beispiel Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung (siehe 7.8) oder Geflüchtete (8.8) noch besser qualifizieren und Integrationsangebote für den regulären Arbeitsmarkt passgenauer unterbreitet werden. Hierbei wollen wir zusammen mit den schleswig-holsteinischen Arbeitgebern die Anstrengungen noch weiter erhöhen.</p>		Annahme
A24	2	1024		setze	Programmkommission	Ergänze am Anfang: Ein großer Teil der Lösung zur Deckung unseres Fachkräftebedarfs wird allerdings bei der gezielten Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland liegen.		Annahme
A25	2	1037		streiche und setze	Programmkommission	Streiche in 1037 ab "Wir wollen" bis "einbeziehen." und setze "Dabei wollen wir in mindestens drei Ländern konkrete Projekte zur Anwerbung von Fachkräften nach Schleswig-Holstein auf den Weg bringen und mit einer Präsenz vor Ort in Zusammenarbeit mit örtlichen Organisationen wie zum Beispiel den Außenhandelskammern oder den Goethe-Instituten die Anwerbung umsetzen. In Schleswig-Holstein müssen wir ein erkennbares "Welcome-Center für		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						ausländischen Fachkräfte" für das Thema Fachkräftezuwanderung schaffen, das sowohl Arbeitgeber sowie zuwandernde Fachkräfte unkompliziert und direkt hilft. Dabei wollen wir eine Neustrukturierung der Zentralen Stelle für die Fachkräfteeinwanderung im zuständigen Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge prüfen und alle Aktivitäten zu diesem Thema bündeln. Das klare Ziel ist mehr gezielte Zuwanderung von Fachkräften.		
A26	2	1053		streiche und setze	Programmkommission	Streiche und setze: Wir wollen ein erkennbares "Welcome-Center für ausländischen Fachkräfte" schaffen in dem alle Aktivitäten zu diesem Thema gebündelt werden.		Annahme
A27	2	1054		setze	CDU-KV Stormarn	Mit einer gezielten Kampagne werden wir im Ausland für Fachkräfte in den besonders vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen werben und diese Fachkräfte bei der Eingliederung und Integration, z. B. hinsichtlich der sprachlichen Kompetenz stärken.	Erfolg ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme A24 und A26
A28	2	1110		setze	CDU-KV Nordfriesland	Ergänze nach Zeile 1110 die folgenden Sätze: „Insbesondere im Konzept der One-Stop-Shop Gründercenter sehen wir großes Potenzial. Die landesweite Gründung dieser wollen wir vorantreiben und die bürokratischen Prozesse zur praxistauglichen Umsetzung dieser anpassen.“		Ablehnung
A29	2	1383		setze	CDU-KV Flensburg	setze: Wir werden die zeitliche Bearbeitung der Bafög-Anträge, die das Studentenwerk Schleswig-Holstein bearbeitet, auf eine kürzere Dauer bringen, um die Unterstützung für Studierende zu gewährleisten.		Annahme in geänderter Fassung: "Wir müssen die Bearbeitung der Bafög-Anträge beschleunigen. Dafür wollen wir zusammen mit dem Studentenwerk geeignete Strukturen schaffen."

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A30	2	1396	ff.	streiche und setze	Programmkommission	Streiche 1396 bis 1400 und setze: Wir wollen unseren Hochschulen weitere Freiräume für mehr Eigenverantwortlichkeit ermöglichen. Dazu wollen wir das Hochschulgesetz novellieren. Dabei sollen insbesondere die Themen Flexibilität bei der Gewinnung von Personal, die Ermöglichung der Bauherreneigenschaft, eine weitere Senkung der Hürden zur Umsetzung der Optionsklausel sowie gesetzliche Anpassungen für eine engere Kooperation zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft geprüft werden. Zudem wollen wir den erweiterten Senat abschaffen.		Annahme
A31	2	1414		streiche	Junge Union SH	streiche "Verbote oder"	ggf. mündlich	Ablehnung
A32	2	1427		streiche	Junge Union SH & CDU-KV Nordfriesland	streiche "Verbote oder"	ggf. mündlich	Ablehnung, bzw. erledigt durch Ablehnung A31
A33	2	1414	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...oder auch Verbote oder Gebote für Gender-sprache...“ setze: „...oder auch Gebote für Gender-sprache...“	Wir haben in Deutschland Regeln für die Rechtsschreibung, die zuletzt 1996 mit Rechtschreibreform geändert worden sind. Rechtliche Grundlage für die Anwendung der Neuregelung sind in der Bundesrepublik Deutschland Beschlüsse der Kultusministerkonferenz sowie Erlasse bzw. Rundschreiben, in denen die Kultusministerien der Bundesländer die Anwendung der reformierten Regeln und die Gültigkeit des Wörterverzeichnisses der amtlichen	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Regelung für den Schulbereich vorschreiben. Daher ist es sehr wohl notwendig, diese Regeln nun auch durchzusetzen, weshalb eine von einzelnen Individuen im öffentlichen Dienst oktroyierte und für verbindlich erklärte Schreibweise abzulehnen ist.	
A34	2	1415	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	<p>streiche: „Solche Regelungen sind für uns mit der Freiheit der Wissenschaft nicht vereinbar.“</p> <p>streiche, setze: „Solche Regelungen sind mit der Freiheit der Wissenschaft bzw. mit den Vorgaben der Kultusministerkonferenz zur deutschen Rechtschreibung nicht vereinbar.“</p>	Das Verbot der Gendersprache hat nichts mit Wissenschaftsfreiheit zu tun. Es geht hier um von Einzelpersonen erdachte staatliche Vorgaben, die im Widerspruch zu amtlichen Beschlüssen stehen.	Ablehnung
A35	2	1444		setze	CDU-Kreisverband Dithmarschen	Füge ein hinter beide „A20“: „samt Elbquerung“	Die Elbquerung als wichtiger Bestandteil der A20, um die Verbindung nach Niedersachsen und die Umfahrung der Staus vorm Elbtunnel zu ermöglichen, wird bisher nicht erwähnt.	Annahme
A36	2	1486		setze	Junge Union SH	"einschließlich der Elbquerung"	ggf. mündlich	Annahme, erledigt durch Annahme A35
A37	2	1486		setze	CDU-Kreisverband Dithmarschen	Füge ein hinter „A20“: „samt Elbquerung“	Die Elbquerung als wichtiger Bestandteil der A20, um die Verbindung nach Niedersachsen und die Umfahrung der Staus vorm Elbtunnel zu ermöglichen, wird bisher nicht erwähnt.	Annahme, erledigt durch Annahme A35

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A38	2	1477		setze	CDU-KV Flensburg	Wir wollen den 6-Spurigen Ausbau der A7 bis zur dänischen Grenze in die Planung aufnehmen.		Annahme
A39	2	1494		setze	CDU-KV Nordfriesland	Füge neuen Punkt ein: „Wir setzen uns für den dreispurigen Ausbau der B5 bis zur dänischen Grenze ein.“		Annahme
A40	2	1495		setze	Junge Union SH	setze neuen Bulletpoint "Wir wollen den dreispurigen Ausbau der Westküstenachse der B5 fertigstellen."	ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme A39
A41	2	1494		setze	CDU-KV Nordfriesland	Füge neuen Punkt nach Zeile 1494 ein: „Wir setzen uns für eine zuverlässige Versorgung mit Schnellladesäulen in Schleswig-Holstein ein.“		Erledigt durch Annahme A39
A42	2	1605		setze	Junge Union SH	"Um gerade jungen Menschen das Pendeln zu erleichtern, werden wir die Fahrradmitnahme im ÖPNV für Menschen bis einschließlich 25 Jahre kostenlos ermöglichen."	ggf. mündlich	Ablehnung
A43	2	1614		setze	Junge Union SH	"Eine Reaktivierung der problembehafteten Strecke Flensburg-Niebüll lehnen wir ab."	ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung. Einfügen in 1590 nach: "Reaktivierungen und Ausbauten einsetzen" einfügen: "Hierbei werden wir nur solche Projekte unterstützen, die neben der verkehrlichen Bedeutung auch von einem breiten kommunalen Konsens getragen werden."
A44	2	1614		setze	CDU-KV Nordfriesland	Füge neuen Punkt vor Zeile 1614 ein: „Jedoch lehnen wir eine Reaktivierung der problembehafteten Strecke Flensburg-Niebüll ab.“		Erledigt durch Annahme A43

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A45	3	1722		setze	CDU-KV Plön & CDA SH	Wir werden die bisherigen Digitalisierungen und ihre Prozesse auf Effektivität, Bürgerfreundlichkeit und Kostenreduzierung überprüfen, um den tatsächlichen Nutzen zu ermitteln. Zudem werden wir prüfen, wie wichtige Unterlagen für den Einzelnen digital und datensicher („Daten-Tresor“) so gebündelt werden können, dass der Dateninhaber wie Zugriffsberechtigte darauf problemfrei und sicher zurückgreifen können.		Annahme in geänderter Fassung: "Zudem werden wir prüfen, wie wichtige Unterlagen digital und datensicher („Daten-Tresor“) so gebündelt werden können, dass darauf problemfrei und sicher zurückgegriffen werden kann."
A46	3	1907		setze	Programmkommission	Ergänze: „Gleichzeitig bleibt es unser Ziel, unnötige Bürokratie gar nicht erst entstehen zu lassen und Vorhandene abzubauen. Deshalb befürworten wir zielgerichtete Befristungen von Verordnungen. Ausnahmen hiervon sind gesondert zu begründen. Zudem wollen wir Verlängerungen von bereits befristeten Verordnungen begründungspflichtig machen. Dazu sind echte Evaluationen der Wirkung durch die jeweils erlassende Behörde erforderlich. Zudem werden wir im Rahmen von Novellierungen von Gesetzen und Verordnungen regelmäßig prüfen, ob es nicht mehr benötigte Vorschriften gibt, die man streichen kann. Um daneben die Belastungen für die Wirtschaft durch Bürokratie zu begrenzen und möglichst zu senken, werden wir prüfen, ob die von der Bundesregierung eingeführte "one-in-one-out-Regel" auch für die Landesregierung eingeführt werden sollte. Danach dürfen neue Belastungen für die Wirtschaft nur in dem Maße eingeführt werden, wie bisherige Belastungen abgebaut werden."		Annahme
A47	3	1959		setze	CDU-KV Pinneberg	„Daher ist eine Umstellung auf die Doppik auch im Landeshaushalt dringend geboten.“	Es fehlt ein resümierender Satz.	Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A48	3	1975		setze	Landes-fachausschuss Finanzen	"Wir streben dauerhaft eine Investitionsquote von zehn Prozent an."	Diese Forderung soll den Absatz 1937-1940 in einer Forderung konkretisieren.	Annahme in Zeile 1968
A49	3	2025		setze	Landes-fachausschuss Finanzen	"Wir setzen uns für eine signifikante Senkung der Grunderwerbsteuerbelastung ein."		Erledigt durch Zeile 2383 ff.
A50	3	2054		setze	CDU-KV Stormarn	setze „nach einfacher ermöglicht werden soll“: „Es ist zu prüfen, ob eine Beurlaubung aus einem kommunalpolitischen Mandat (also ein Ruhenlassen auf Zeit) aus familiären (Elternzeit, Pflegezeit) oder beruflichen (Referendariat, Praktika, Auslandssemester) Gründen eingeführt werden kann. Das ermöglicht eines Mandats noch vor Beginn der neuen Wahlzeit und erleichtert die Übernahme und Wiederaufnahme von kommunalpolitischen Mandaten.“	Aus bestimmten Gründen kann eine Beurlaubung sinnvoll sein, wenn der Grund für eine Beurlaubung temporär ist. Die Möglichkeit ein Mandat ruhen zu lassen, gibt es in verschiedenen Bundesländern und es ist zu prüfen, ob dies auch für Schleswig-Holstein möglich ist.	Annahme
A51	3	2147	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	„Wir begreifen die Ostsee als Chancenraum und wollen Schleswig-Holsteins Ostseepolitik daher neu fokussieren: Erstens auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit – hier insbesondere mit Blick auf Klimaschutz-Innovationen und Künstliche Intelligenz. Zweitens auf den Klima- und Meeresschutz und drittens auf die Kooperationen im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich mit dem Ziel, künftig mehr Menschen für das Gemeinsame im Ostseeraum zu begeistern. Wir denken damit ganz gezielt ökonomische Vorteile mit ökologischem Fortschritt zusammen.“ streiche, setze: Wir begreifen die Ostsee als Chancenraum und wollen Schleswig-Holsteins Ostseepolitik daher neu fokussieren. Im Mittelpunkt steht für uns die wirtschaftliche	Wir müssen hier die wirtschaftliche Bedeutung des Ostseeraumes gerade für uns als Exportland deutlich machen und daran anknüpfen. Klima als Neufokussierung kam doppelt vor und der letzte Satz kann als Binsenweisheit gestrichen werden.	Annahme in geänderter Fassung: streiche, setze: "Wir begreifen die Ostsee als Chancenraum und wollen Schleswig-Holsteins Ostseepolitik daher neu fokussieren. Im Mittelpunkt stehen für uns die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Klimaschutz. Für

Nr.	Ka- pi- tel	Zeile	bis Zeile	Art	Antrags- steller	Anträge	Begründung	Votum Antrags- kommission
						<p>Zusammenarbeit. Für Dänemark, Finnland, Schweden und Polen ist die deutsche Wirtschaft der wichtigste Außenhandelspartner, für die baltischen Staaten gehören wir zu den größten fünf Handelspartnern. Unsere besonderen Potentiale im Bereich der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzinnovationen wollen wir dabei genauso einbringen, wie unser Know-How in Bezug auf Künstliche Intelligenz. Aber auch den gemeinsame Meeresschutz in der Ostsee und die Kooperationen in Wissenschaft und Kultur werden wir einbringen, um für mehr Austausch und Begeisterung im gemeinsamen Ostseeraum zu sorgen.</p>		<p>Dänemark, Finnland, Schweden und Polen ist die deutsche Wirtschaft der wichtigste Außenhandelspartner, für die baltischen Staaten gehören wir zu den größten fünf Handelspartnern. Unsere besonderen Potentiale im Bereich der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzinnovationen wollen wir dabei genauso einbringen, wie unser Know-How in Bezug auf Künstliche Intelligenz. Aber auch den gemeinsame Meeresschutz in der Ostsee und die Kooperationen in Wissenschaft und Kultur werden wir einbringen, um für mehr Austausch und Begeisterung im gemeinsamen</p>

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								Ostseeraum zu sorgen. Wir denken ganz gezielt ökonomische Vorteile mit ökologischem Fortschritt zusammen."
A52	3	2210		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	<p>Im Chancenraum Ostsee werden wir den Fokus auf eine vertiefte Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Klima-, Umwelt- und Meeresschutz sowie wissenschaftliche und kulturelle Kooperation legen.</p> <p>In Zusammenarbeit mit Dänemark wollen wir zur Verbesserung von Flora und Fauna der gemeinsamen Gewässer im Grenzgebiet zu einer schnellstmöglichen Kooperation kommen.</p>		Erledigt durch Annahme Antrag A51
A53	4	2385	2391	streiche und setze	Junge Union SH	streiche „Deshalb“ bis „Wohnraums an“, setze „Deshalb werden wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner beim Ersterwerb einer eigengenutzten Wohnimmobilie von der Grunderwerbssteuer befreien.“	ggf. mündlich	Ablehnung
A54	4	2385	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Streiche „Deshalb“ bis „Wohnraums an“, Setze „Deshalb werden wir Familien beim Erwerb der ersten eigengenutzten Wohnimmobilie von der Grunderwerbssteuer befreien.“		Ablehnung, bzw. erledigt durch Ablehnung A53
A55	4	2404		setze	CDU-KV Nordfriesland	ergänze in Zeile 2404: „So bald wie möglich werden wir die Anschaffung bzw. den Bau der ersten selbstgenutzten Immobilie von der Grunderwerbsteuer befreien.“		Ablehnung
A56	4	2514	f.	setze	CDU-KV Segeberg	streiche Zeile 2514/2515 und setze: Wir werden den ÖPNV ausbauen. Dazu gehören auch innovative On Demand – Lösungen. Dabei soll mittel- bis langfristig eine angemessene Erreichbarkeit zu allen Kommunen im Land in der Zeit von 6:00 bis 24:00 Uhr erreicht werden.	Die bisherige Formulierung vermittelt eine nicht realisierbare Forderung.	Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A57	4	2514		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	Korrektur (Fettdruck): Wir werden den ÖPNV ausbauen. Alle Orte in Schleswig-Holstein sollen mittelfristig von 5.00 bis 24.00 Uhr mit dem ÖPNV erreichbar sein.		Ablehnung
A58	4	2518		setze	CDU-KV Segeberg	streiche Zeile 2518 und setze: Wir werden die Kommunen bei der Einführung von digitalen Mobilitätslösungen, wie On Demand-Verkehre unterstützen. Dazu können auch digitale Sammeltaxis gehören.		Annahme
A59	4	2539		streiche und setze	Programmkommission	streiche: "Das Auto bleibt Teil unserer Mobilitätsstrategie ..Wir wollen die Elektromobilität weiter vorantreiben und das E-Ladesäulenprogramm fortsetzen. Ladestrom muss attraktiv erreichbar und günstig verfügbar sein." setze: "Das Auto bleibt Teil unserer Mobilitätsstrategie. Wir wollen die Elektromobilität im Land weiter stark vorantreiben. Dafür schaffen wir mit einem umfangreichen E-Ladesäulen- Ausbauprogramm jährlich neue Lademöglichkeiten und ertüchtigen vorhandene, um diese weiterhin nutzerfreundlich und attraktiv zu halten. Ladestrom muss für die Nutzer attraktiv erreichbar und günstig verfügbar sein."		Annahme
A60	4	2541		setze	Junge Union SH	"Dies sichern wird durch einen festen E-Ladesäulen-Schlüssel ab."	ggf. mündlich	Ablehnung
A61	4	2568		setze	CDU-KV Lübeck	„Wir wollen zum Beispiel mit flächendeckenden E-Ladesäulen und einer landesweiten Wasserstofftankstelleninfrastruktur und anderen klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) technologieoffen eine klimaneutrale Antriebsinfrastruktur fördern.“	Die CDU steht für Technologieoffenheit. Deshalb sollten ausdrücklich auch klimaneutrale synthetische Kraftstoffe als Option einer künftigen klimaneutralen Ausrichtung des Straßenverkehrs genannt werden. Nicht das Verbrennungsprinzip von Otto und Dieselmotoren ist aus Sicht des Klimaschutzes problematisch, sondern die Verwendung fossiler Treibstoffe.	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Klimaneutralen Kraftstoffen stellen die einzige Möglichkeit dar, den Betrieb des PKW und LKW-Bestands ohne teure Umrüstung oder Auswechslung der Fahrzeuge und unter Nutzung einer bestehenden Infrastruktur klimafreundlich zu gestalten. Bei Betrachtung der CO2-Emissionen eines Fahrzeugs über den gesamten Lebenszyklus entfällt ein nennenswerter Anteil bereits auf die Produktion. Es ist insofern auch ein Beitrag zur Ressourcenschonung und im Sinne des Klimaschutzes, die Nutzungszeit bereits hergestellter Fahrzeuge durch Verwendung von klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen zu verlängern.	
A62	4	2661	ff.	setze	Programmkommission	Umformulierung: <ul style="list-style-type: none"> • Wir werden ein Kompetenzzentrum für Fördermittelwerbung unter Einbeziehung der Kommunalen Spitzenverbände einrichten. • Wir wollen eine stärkere Förderung strukturschwacher Regionen in Schleswig-Holstein durch weitere Fördermöglichkeiten erreichen. • Wir setzen uns für eine Orientierung der Komplementärmittel bei Förderprogrammen nach der Wirtschaftsleistung ein. • Wir fordern die Weiterentwicklung des Königsteiner 		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Schlüssels unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder.		
A63	4	2687	2690	streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	Wir wollen die Taktung des Öffentlichen Nahverkehrs ausbauen und mittelfristig erreichen, dass alle Orte in Schleswig-Holstein von 6.00 – 24.00 Uhr erreichbar sind, Für eine schnellere Erreichbarkeit sollen wir den Busverkehr besser vernetzen und Schnellbuslinien einführen, Gleichwohl sagen wir, dass das Auto auch in Zukunft zur Mobilität im ländlichen Raum gehören wird.->Wir wollen die Taktung des Öffentlichen Nahverkehrs ausbauen und dass alle Orte in Schleswig-Holstein gut mit dem ÖPNV erreichbar sind. Für eine schnellere Erreichbarkeit wollen wir den Busverkehr besser vernetzen und mehr Schnellbuslinien einführen. Der Individualverkehr mit Auto, Motorrad, Fahrrad, etc. wird für die Mobilität im ländlichen Raum weiter von hoher Bedeutung bleiben, darf nicht vernachlässigt werden und muss mit dem ÖPNV besser verknüpft werden.		Ablehnung
A64	4	2687	f.	streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA SH	„Wir wollen die Taktung des Öffentlichen Nahverkehrs ausbauen und mittelfristig erreichen, dass alle Orte in Schleswig-Holstein von 6.00 – 24.00 h erreichbar sind.“	Unrealistisch oder mit einem Aufwand verbunden, der nicht zu finanzieren ist.	Ablehnung, bzw. erledigt durch Ablehnung A63
A65	4	2731		setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	Wir begrüßen die Einrichtung von CoWorkingSpace in den Gemeinden, da es bereits jetzt Nachfragen von bspw. Hamburger Firmen für geeignete Standorte gibt, um deren Mitarbeiter dort zu platzieren, auch dauerhaft als HomeOffice-Alternative. Aus Datenschutzgründen und bei Einsatz zentral arbeitender EDV-Systeme ist HomeOffice nur sehr begrenzt möglich, dies überbrückt ein CoWorkingSpace. Sämtliche Landesbehörden sollten dahingehend schnellstmöglich untersucht werden, wie weit CoWorkingSpaces eingesetzt werden können. Dies muss das Land als Arbeitgeber auslösen nicht der Arbeitnehmer. So ein CoWorkingSpace kann auch andere örtliche Dienstleistungen, Gesundheits- und Ernährungsthemen aufnehmen. Wir verfügen in sehr vielen Dörfern im Land über schlecht genutzte		Annahme in geänderter Fassung nach Zeile 2737: "Das gelegentliche Arbeiten in Coworking-Spaces stärkt die ländlichen Räume und die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben wird erleichtert. Weniger Pendeln bedeutet darüber hinaus mehr

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						große Gebäude, teils auch über leerstehende Schulen. Hier muss dringend jemand das „Hubschrauber-Denken“ anfangen. setzend ist dies ein wichtiger Beitrag zum Mobilitätskonzept, da Pendlerverkehre gemindert werden und damit Belastungsspitzen reduziert, ohne dass dies zu Investitionen führen muss.		Klimaschutz. Deswegen werden wir Coworking-Spaces im ländlichen Raum etablieren und durch eine Förderrichtlinie unterstützen. Die Landesverwaltung sehen wir dabei in einer Vorreiterrolle."
A66	5	3239		streiche und setze	Programmkommission	Streiche von "Eine... werden." und setze "Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ergebnisse der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft zeitnah umgesetzt werden. Eine auf alle Fleisch- und Milchprodukte im Verkauf erhobene Umlage muss zielgerichtet an die Nutztierhalterinnen und Nutztierhalter für mehr Tierwohl weitergegeben werden. Dabei ist uns auch wichtig, dass der Handel an den Verhandlungstisch zurückkehrt und sich an zukünftigen Diskussionsprozessen beteiligt."		Annahme
A67	5	2856		setze	CDU-KV Nordfriesland	ergänze hinter (siehe 5.10): Hierbei werden wir die Ergebnisse der "Zukunftskommission Landwirtschaft" (Workshopergebnisse Landesgruppe Schleswig-Holstein ZKL) berücksichtigen.		Erledigt durch A66
A68	5	2919		setze	CDU-KV Stormarn	„Herausforderung: Grundlastversorgung Die Grundlastfähigkeit der Stromversorgung bei Nutzung von Wind und Solarenergie stellt eine besondere Herausforderung dar und ist ohne die Bereitstellung von adäquaten Speicherkapazitäten nicht gewährleistet. Wir wollen daher prüfen, wie bestehende Kohlekraftwerke zur Strom- und Wärmeversorgung durch Nutzung fester Biomasse einen Beitrag zur Grundlastsicherung leisten können und dies mit entsprechenden Mitteln finanziell fördern.“	Die Ansätze aller Parteien zielen per heute lediglich auf den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie ab und dann in einem zweiten Schritt in die Wasserstoffwirtschaft. Dabei ist klar, dass der benötigte Wasserstoff nicht in ausreichender Menge in Deutschland allein hergestellt	Ablehnung

Nr.	Ka- pi- tel	Zeile	bis Zeile	Art	Antrags- steller	Anträge	Begründung	Votum Antrags- kommission
							<p>werden kann. Zeitlich wird die Umsetzung noch mindestens bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts brauchen. Die Speicherung von Wind- und Sonnenenergie stellt darüber hinaus eine besondere, bisher nicht gelöste, Herausforderung dar. Die Grundlastversorgung ist somit nicht gesichert. Die Menge unserer Energie wird aber als Grundlast nachgefragt. Einige unserer Nachbarländer, insbesondere Dänemark, haben neben Wind und Sonne auch feste Biomasse als nachhaltigen, CO2-neutralen Brennstoff massenhaft in ihr Erzeugungsportfolio aufgenommen. Wenn diese Brennstoffe auch zu guten Teilen eingeführt werden, so kommen sie doch alle aus rechtssicheren Herkunftsländern. Brennstoffe sind dabei Holzreste oder auch agrarische Reststoffe, die in der Nahrungsmittelkette keine Verwendung mehr finden. Dieser Ansatz wäre ein Alleinstellungsmerkmal für die Union und in zeitlich überschaubarem Rahmen realisierbar. Biomasse</p>	

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Conversion Technologies Ørsted (orsted.com) Home - Lynemouth Power Energy source – Biomass/Biogas (rwe.com)	
A69	5	2925		streiche und setze	Programmkommission	<p>Neue Formulierung Wind:</p> <p>In der zurückliegenden Legislaturperiode haben wir die Regionalplanung nach Jahren der Unklarheit rechtssicher aufgestellt und damit für alle Beteiligten, Bürgerinnen und Bürger sowie Windmüllerinnen und Windmüller, Planungssicherheit geschaffen. Damit haben wir einen großen Beitrag für die Energiewende geleistet und dafür, den Klimaschutz in Deutschland weiter voranzutreiben. Wir haben dabei die Abstände zwischen Wohnbebauungen und Windkraftanlagen erhöht und festgeschrieben. 2,03 Prozent unserer Landesfläche sind nun Vorranggebiete für die Windkraft, die wir bestmöglich ausnutzen wollen. Dabei gehen wir im Rahmen dieser Kulisse mit dem zusätzlichen Repowering von Windkraftanlagen und der Nachverdichtung an möglichen Stellen einen großen Schritt nach vorn. In diesem Zusammenhang werden wir auch den Einsatz vertikaler Windkraftanlagen für die Verdichtung in Vorranggebieten prüfen und in Modellprojekten erproben. Die kommende Legislaturperiode wollen wir dazu nutzen, die im Rahmen des Abwägungsprozesses aufgrund der Belange des Artenschutzes und des Denkmalschutzes herausgefallenen Potenzialflächen neu zu bewerten, um dadurch weitere Flächen zu mobilisieren – ohne dabei die Abstände zur Wohnbebauung in Frage zu stellen. Zudem wollen wir solche Flächenpotenziale stärker nutzen, die aufgrund ihrer Größe nicht in die Flächenkulisse aufgenommen wurden. Zudem wollen wir die Bürgerwindparks weiter stärken und das Engagement kommunaler Gebietskörperschaften und Versorgungsunternehmen unterstützen. So bleiben die</p>		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Einnahmen in der Region und die Akzeptanz für die Klimaschutzmaßnahmen steigt.		
A70	5	3077	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	„Obwohl sich gerade in der jüngeren Vergangenheit ein zunehmendes Problembewusstsein eingestellt hat, hat sich der Plastikverbrauch in Deutschland in den letzten 25 Jahren mehr als verdoppelt. Zwar wird von vielen Haushalten die Mülltrennung und Recycling bereits umgesetzt, doch noch immer wird der Großteil des Mülls verbrannt oder exportiert und nicht nachhaltig recycelt.“setze: Plastik ist ein sinnvoller Kunststoff, der gerade aufgrund seines geringen Eigengewichts gegenüber Glas oder anderen Verpackung, die ebenfalls Schutz vor invasiven Einträgen bilden, erhebliche Mengen an Transportenergie einsparen hilft. Deshalb hat sich der Plastikverbrauch in Deutschland in den letzten 25 Jahren verdoppelt. Während aber viele Haushalte Plastikmüll vorbildlich trennen, erfolgt die Verwertung nur zu 47 % durch Recycling. 53 % des Plastikmülls gehen in die Müllverbrennung, davon aber nur 18,5 % in die Verwendung als Ersatzbrennstoff, z. B. für Fernwärmekonzepte. Plastikmüll wird aber auch exportiert, aufgrund von EU-Recht jedoch nur für das Recycling. Seit dem 1. Januar 2021 gelten verschärfte Regeln für den Export von Kunststoffabfällen aus der Europäischen Union. Unsortierte oder verschmutzte Plastikgemische, die sich nicht einfach recyceln lassen, dürfen nicht mehr international gehandelt werden. Dennoch unterstützen wir die weiteren Vorhaben der EU im Rahmen des Green Deals, ein neues Konzept zur Kreislaufwirtschaft zu erarbeiten mit dem Ziel, die Recyclingquote deutlich zu erhöhen.	Die Verteufung von Plastik ist völlig unverhältnismäßig. Gefahren entstehen erst durch unsachgemäße Entsorgung, wie sie z. B. China im ländlichen Raum duldet. So sind über 95 % des Plastikmülls im Pazifik auf die großen chinesischen Flüsse zurückzuführen. Auch die Verbrennung von Plastik kann dort sinnvoll sein, wo andere Energieträger eingespart werden können. Dennoch sollten wir daran arbeiten, die Recyclingquote zu erhöhen.	Ablehnung
A71	5	3106		streiche	CDU-KV Pinneberg	„Wir werden uns dafür einsetzen, dass kein Plastikmüll mehr in Drittstaaten exportiert wird. Wir werden uns für einen Exportstopp von Müll in Schwellenländer einsetzen.“	Schon heute ist der Müllexport staatlich erfasst, überwacht und reglementiert. So wie Deutschland auf den Import von gut 20 Mio. Tonnen	Annahme in geänderter Fassung: streiche: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass kein

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Metallabfälle, Altpapier und Reststoffe wie Ölkuchen angewiesen ist, sind andere Länder auf unsere Müllexporte angewiesen. Das betrifft insbesondere die Länder, mit keinem so ausgeprägten Kreislaufwirtschaftsmanagement wie in Deutschland. Gerade vorsortierte Plastikmüllchargen sind dort für die Versorgung mit recycelten Materialien wichtig. Dass eine solche binnenmarktfeindliche Forderung von der CDU aufgestellt werden soll, erstaunt.	Plastikmüll mehr in Drittstaaten exportiert wird. Wir werden uns für einen Exportstopp von Müll in Schwellenländer einsetzen. Setze: „Wir werden uns dafür einsetzen, nur noch Müll in Drittstaaten zu exportieren, die diesen sinnvoll verwerten können.“
A72	5	3199		setze	Programmkommission	ergänze: "Darüber hinaus wollen wir die ursprüngliche Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) neu aufsetzen und uns für eine Nationale Lebensmittel-Agentur einsetzen. Sie soll für heimische regionale Produkte, unsere hohen Standards und unsere Art zu produzieren, im In- und Ausland werben. So wollen wir mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft erreichen."		Annahme
A73	5	3224		setze	CDU-KV Pinneberg	setze um folgenden Satz: „Sowohl die Ferkelerzeuger als auch die Mastbetriebe in der Schweinehaltung stehen vor riesigen Herausforderungen, was die baulichen Anlagen angeht. Deshalb ist auf Bundesebene darauf hin zu wirken, dass möglichst schnell umfangreiche Investitionsprogramme für die Betriebe auf den Weg gebracht werden, um diese riesigen Herausforderungen im Sinne des Tierwohls bestehen zu können.“	Ohne eine entsprechende Investitionsförderung bei Stallneu- oder -umbauten wird es nicht mehr gelingen, die Existenz der Schweinehaltenden Betriebe im Lande zu sichern.	Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A74	5	3227	f.	streiche und setze	Programmkommission	streiche und ergänze: "Um noch besser voneinander zu lernen und auch die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten, wollen wir das ökologische und konventionelle Landwirtschaft in den Berufsschulen gemeinsam in einer Klasse unterrichtet werden. In der Ausbildung wird der Grundstein der zukünftigen Landwirtinnen und Landwirte und damit der Landwirtschaft gelegt. Daher wollen wir diese weiter stärken, damit die landwirtschaftlichen Betriebe auch langfristig vor Ort verankert sind."		Annahme
A75	5	3255		setze	Programmkommission	ergänze: "Eine große Herausforderung sind die Wildgänse auf den landwirtschaftlichen Flächen. So kommt es vor, dass Ernten gänzlich ausfallen, was zu großen Problemen auf den Futterbaubetrieben führt. Aus diesem Grund ist für uns ein bestandsorientiertes Gänsemanagement mit der Möglichkeit der Bejagung unabdingbar. (siehe 5.14)"	Verweis zu 3368	Annahme
A76	5	3368		streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	ändere Absatz in folgende Fassung: Ein bestandsorientiertes Gänsemanagement ist für uns unabdingbar. Das schließt auch deren Bejagung mit ein. Wir werden die Verfahren für den kontrollierten Abschuss und die Verwertung der Tiere weiter vereinfachen und eine Ergänzung der Schonzeitenverordnung prüfen. Der Bestand der Nonnengänse hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt und rechtfertigt die Einstufung in einem günstigen Erhaltungszustand gem. Anhangs IV der europäischen FFH-Richtlinie. Außerdem ermöglichen wir weiterhin die jetzt schon erfolgreich praktizierte Entnahme von Gänseeiern aus deren Gelegen, um den Bestand zu regulieren. Des Weiteren setzen wir uns für ein Versicherungssystem ein, beispielsweise wie der Hagelversicherung. Landwirte können potentielle Gänseflächen versichern und erhalten bei Fraßschäden Ausgleichszahlungen. Die Differenz der ausbezahlten Versicherungssummen und des tatsächlich entstandenen Schadens übernimmt das Land Schleswig-Holstein.		Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A77	5	3375		Setze	Programmkommission	ergänze: "In Schleswig-Holstein werden rund 11.000 brauchbare Jagdhunde von Jägerinnen und Jägern geführt. Die mit der Ausbildung zusammenhängenden Kosten finanzieren die Jägerinnen und Jäger eigenständig. Dieser zeitliche und finanzielle Aufwand kommt maßgeblich dem Gemeinwohl zugute, ob im Falle eines Wildunfalles oder zur Seuchenprävention. Wir setzen uns daher für eine generelle Befreiung von der Hundesteuer für brauchbare Jagdhunde ein."		Annahme
A78	5	3381		setze	Programmkommission	ergänze: "Wir werden alle brauchbaren Jagdhunde von der Hundesteuer befreien."		Annahme
A79	5	3446		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	<p>streiche Zeilen 3447 bis 3454</p> <p>Ersetze: „Im FoodRegio-Netzwerk haben sich ausgehend von Lübeck 81 Unternehmen im Ernährungscluster zusammengeschlossen, kooperieren dort mit der Ernährungsmedizinischen Fakultät der Universität Lübeck und bringen durch ihren foodRegio StartUp Lab etablierte Unternehmen, Forschung und StartUps aus der Ernährungsbranche zusammen. Durch verschiedene Veranstaltungsformate erhalten die mittelständischen Unternehmen Zugang zu innovativen Gründern, neuen Geschäftsfeldern und der StartUp-Kultur.</p> <p>Gerade weil die Art und Weise, wie wir uns ernähren, wesentlich unseren individuellen Gesundheitsstatus, unsere Lebensqualität und unsere Umwelt beeinflusst, begrüßen und unterstützen wir dieses Cluster aus Ernährungsmedizin und Lebensmittelwirtschaft, welches bundesweit zu den Exzellenzen gehört.</p> <p>Aber auch die Verbraucherbildung ist wichtig und beginnt bereits in der Schule: Die richtige Lebensmittelauswahl, Kenntnisse regionaler und saisonaler Lebensmittel, eine</p>	Es wäre fahrlässig als Regierungspartei, eines der wichtigsten Cluster zu verschweigen. Den Einsatz für den von Frankreich für den Export seiner Käseprodukte manipulierten Nutri-Score sollten wir lieber nicht erwähnen und dafür die jetzt gestarteten Bemühungen der EU-Kommission für einen wissenschaftsbasierten Nutri-Score unterstützen und weiter gemeinsame Standards einfordern. Für die Kennzeichnung von Lebensmitteln als „Klimaneutral“ gibt es bisher lediglich 5 private Anbieter und keinerlei Rechtsrahmen, ebenso bei der Auslobung einer „Nachhaltigkeitszertifizierung“, die	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						sachgemäße Zubereitung, Lebensmittelwertschätzung und gelebte Esskultur ziehen sich durch alle Lebensabschnitte und tragen ihren Teil zu einer gesunden Lebensweise bei. Wir haben durch unsere Bildungsprogramme einen wichtigen Beitrag geleistet und werden diesen Weg weitergehen. Wir unterstützen die EU-Kommission bei der Einführung eines wissenschaftsbasierten Nutri-Score. Wir benötigen darüber hinaus allerdings auch EU-weite Kriterien für die Auslobung von Nachhaltigkeit und Klimaneutralität bei Lebensmittelprodukten, die jetzt vermehrt auf den Markt kommen, ohne dass es dafür einheitliche Standards gibt.	derzeit bundesweit lediglich von einer wissenschaftlichen Fakultätsausgründung angeboten wird. Der Nachfragebedarf ist allerdings riesig.	
A80	5	3538		streiche	CDU-KV Pinneberg & CDU - Kreisverband Nordfriesland	„Wir wollen die Einführung eines Hygiene-Führerscheins für lebensmittelabgebende Gewerbetreibende prüfen.“	Ein fatales Signal für die ohnehin schon coronagebeutelte Gastronomie. Die CDU war mal die Partei der Entbürokratisierung.	Ablehnung
A81	6	3559	3561	streiche und setze	Progammkommission	Streiche "Gegen steigende Straftaten und Angriffe in und aus der digitalen Welt werden wir unsere bestehenden „Cyber-Teams“ mit weiteren IT-Spezialistinnen und -spezialisten sowie Cyber-Kriminalistinnen und -kriminalisten rüsten." und setze: "Gegen steigende Straftaten und Angriffe in und aus der digitalen Welt werden wir eine Cyber-Hundertschaft, bestehend aus „Cyber-Teams“ mit IT-Spezialistinnen und -spezialisten sowie spezialisierten Cyber-Kriminalistinnen und -kriminalisten rüsten."	Korrektur	Annahme
A82	6	3573		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	Deshalb dulden wir keine Angriffe in Wort und Tat gegenüber unserer Polizei und anderen (Helferorganisationen) Blaulichtorganisationen		Annahme
A83	6	3578		streiche und setze	CDU-KV Stormarn	Ändere in Zeile 3578: „Der klar geregelte Einsatz von Bodycams schützt gleichermaßen die Polizistinnen und Polizisten vor Gewalt und unzutreffenden Anschuldigungen als	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						auch die Bürgerinnen und Bürger in ihren Freiheitsrechten.“		
A84	6	3580		setze	CDU-KV Stormarn	„Diesen Einsatz wollen wir auch in Wohnungen und Geschäftsräumen ermöglichen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: „Diesen Einsatz wollen wir in Wohnungen ermöglichen und in Geschäftsräumen erleichtern.“ Begründung: Die offene Datenerhebung auf befriedetem Besitztum und in Geschäftsräumen ist mit Ausnahme von denjenigen Bereichen, innerhalb derer Berufsgeheimnisträgerinnen oder -träger ihre Tätigkeit ausüben, nur zur Abwehr einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr erlaubt. Insofern kann die Forderung nur sein, die Datenerhebung erleichtert zuzulassen.
A85	6	3582		setze	CDU-KV Stormarn	„Wir wollen dazu beitragen, dass Beamtinnen und Beamte schreckliche Bilder und traumatische Erfahrungen aus belastenden Einsätzen und Ermittlungsverfahren verarbeiten können.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A86	6	3583		setze	CDU-KV Stormarn	„Deshalb müssen wir eine zügige und umfassende Betreuung durch psychologische Fachkräfte und Seelsorge gewährleisten.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
A87	6	3583		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	Ersetzung: Deshalb müssen wir eine (umfassende) bessere Betreuung durch psychologische Fachkräfte und Seelsorge gewährleisten.		Ablehnung, erledigt durch Annahme A85
A88	6	3583		setze	Programmkommission	Ergänze nach "umfassende": und niedrigschwellige	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
A89	6	3584		setze	Programmkommission	"Um eine schnellere Betreuung in der Fläche sicherstellen zu können, werden wir weitere Psychologinnen und Psychologen an den Polizeidirektionen einstellen."		Annahme
A90	6	3588		setze	Programmkommission	Setze einen neuen Absatz nach Zeile 3588: Innere Sicherheit bedeutet für uns auch die maritime Sicherheit. Dazu gehören auch Umwelt- und Gewässerschutz, Tourismus und Wirtschaft in den Gewässern und Häfen. Dafür werden wir die Flotte unserer Wasserschutzpolizei mit modernen und einheitlichen Küsten- sowie Streifenbooten ausstatten. Die wasserschutzpolizeiliche Betreuung der Einsatzräume in Nord- und Ostsee (einschl. der Binnengewässer) soll zu einem Einsatzkonzept mit 24/7-Verfügbarkeit optimiert werden.	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
A91	6	3611		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3611 als zusätzlichen Punkt: „Wir wollen eine landesweite Kampagne „Blaue Schleife“ betreiben, um Einsatzkräften, die sich für unsere Sicherheit und unser Wohlergehen einsetzen, unsere Solidarität zu zeigen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: „Wir wollen eine landesweite Kampagne „Schleswig-Holstein-Schleife“ betreiben, um Einsatzkräften, die sich für unsere Sicherheit und unser

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								Wohlergehen einsetzen, unsere Solidarität zu zeigen.“
A92	6	3616		setze	CDU-KV Plön & CDA SH	Zeile 3616 neuer Satz nach wiedereröffnet: Wir werden weitere geschlossene Polizeidienststellen wieder eröffnen, wo dies aus Gründen der Sicherheit im örtlichen Raum geboten ist.		Annahme in geänderter Fassung: "Diesen Kurs werden wir überall dort fortführen, wo es sachdienlich und aus Gründen der Sicherheit erforderlich ist."
A93	6	3641		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	Die Vernetzung zwischen Sicherheitsbehörden und weiteren Trägern werden wir stärken. Auch die Möglichkeit des Datenaustausches muss dabei gesichert werden. Keiner darf Angst haben, sich in diesem Konkreten Raum auszutauschen. Hierzu schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen, um einen direkten und offenen Austausch zwischen den zuständigen Stellen zu gewährleisten.	Auch aufgrund des Datenschutzes und weiterer rechtlicher Bestimmungen ist es oftmals nicht möglich zwischen Jugendämtern, Bildungsinstitutionen, Polizei und anderen Behörden oder Stellen in direkte Kommunikation zu treten. Dabei fallen wichtige Details möglicherweise hinten unter, da unter Umständen nur verallgemeinerte Sachverhalte dargestellt werden können. Wenn es um den präventiven Charakter geht, müssen alle zuständigen Stellen gemeinsam und auf Augenhöhe agieren, um Kinder zu schützen, Menschen aus Gewaltsituationen zu befreien oder auch um Radikalisierungstendenzen zu unterbinden.	Annahme in geänderter Fassung: "Die Vernetzung zwischen Sicherheitsbehörden und weiteren Trägern werden wir stärken. Auch die Möglichkeit des Datenaustausches muss dabei gesichert werden. Hierzu schaffen wir - wo möglich - die rechtlichen Rahmenbedingungen, um einen direkten und offenen Austausch zwischen den zuständigen Stellen zu gewährleisten."

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A94	6	3643		setze	CDU-KV Pinneberg	setze den Bulletpoint: "und weitere bereits geschlossene Polizeidienststellen wiedereröffnen."	Als CDU haben wir uns massiv gegen die Schließung von Polizeidienststellen ausgesprochen und dabei sehr großen Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten. Daher ist es nur ehrlich, wenn wir die Fehler der Vorgängerregierung bei der Zentralisierung der Polizei rückgängig machen. Die Wiedereröffnung von Polizeistationen trägt zu einer besseren Erreichbarkeit, zu kürzeren Ausrückzeiten, zu mehr Bürgernähe, zu einer besseren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (z. B. Feuerwehr, da häufiger dieselben Personen miteinander arbeiten) und zu einer besseren Präventionsarbeit (man kennt seine Pappenheimer in kleineren Einheiten besser) bei.	Annahme in geänderter Fassung: "und Polizeistellen wiedereröffnen, wo es sachdienlich und aus Gründen der Sicherheit erforderlich ist."
A95	6	3659	3611	streiche und setze	Programmkommission	<p>Streiche 3659 - 3661 und setze: Gegen Hasskriminalität und Hetze im Netz, Schwerst- und Massenkriminalität im digitalen Raum wie Betrug und Angriffe auf Unternehmen und kritische Infrastruktur werden wir die Cyber-Arbeit der Landespolizei massiv stärken. Für diese Aufgaben werden wir unsere Polizistinnen und Polizisten weiter spezialisieren und fortbilden. Das Duale Studium für die Landespolizei werden wir ausbauen.</p> <p>Die moderne Kriminalitätsbekämpfung werden wir durch</p>		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						<p>eine „Cyber-Hundertschaft“ vorantreiben. Dafür werden wir interdisziplinär zusammenarbeitende Ermittlungsteams bilden sowie Fachpersonal – Expertinnen und Experten, aus den IT-, Geistes- und Naturwissenschaften – für unsere Polizei gewinnen und ihnen eine attraktive berufliche Perspektive eröffnen. Um die notwendigen Fachkräfte zu finden, werden wir die Fort-, Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten weiter überprüfen und verbessern.</p> <p>Durch die „digitale Streife“ wird unsere Landespolizei auch im Netz sichtbar bleiben. Ein gemeinsames Datenhaus, die Entwicklung einer Datencloud sowie gemeinsamer Vorgangs- und Fallbearbeitungssysteme dürfen keine Visionen mehr sein. Dazu gehört eine digitale, medienbruchfreie Vernetzung der Polizei mit der Justiz und mit ihren nationalen und internationalen Partnern. Diese bereits begonnene digitale Transformation in der Landespolizei werden wir konsequent zu Ende führen. Unser Ziel ist die Weiterentwicklung zu einer Polizei 4.0. Den Einsatz von automatisierten Prozessen sowie von Künstlicher Intelligenz (KI) werden wir in der Landespolizei ausweiten.</p> <p>Die digitale Kommunikation der Landespolizei mit Bürgerinnen und Bürgern über soziale Medien, die Angebote der Online-Wache sowie eService für Bürgerinnen und Bürger werden wir fortentwickeln und intensivieren.</p>		
A96	6	3659		setze	CDU-KV Stormarn	setze vor Zeile 3659: „Damit die Polizei auch im Netz verstärkt auf Streife geht, werden wir zur Verfolgung von internettypischen Straftaten wie Hackerangriffen, bandenmäßigem Betrug bei Fake Shops, Identitätsdiebstahl, Hasskriminalität etc. in sozialen Netzwerken mehr Ermittlerinnen und Ermittler einsetzen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass digitale Endgeräte nach gespeicherten Daten rechtsicher und online durchsucht werden können.“	Erfolgt ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme A95

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A97	6	3661		setze	CDU-KV Flensburg	Für zusätzliche Aufgaben, die der Polizei übertragen werden (beispielweise Digitalisierung, E-Akte, Rechtsverkehr, Cyberhundertschaft) wird zusätzliches Personal eingestellt.		Erledigt durch Annahme A95
A98	6	3670		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3670: „Der Einsatz moderner Fahndungsinstrumente wie bspw. automatische Kennzeichenlesesysteme, Dashcams und Drohnen wollen wir ebenso forcieren wie den Einsatz mobiler IT im Streifenwagen und die ausreichende Ausstattung mit Smartphones und Laptops, damit unmittelbar auf Lagebilder, Ermittlungsinstrumente und Auskunftssysteme zugegriffen werden kann. Daneben werden wir den weitergehenden Einsatz von Elektroimpulsgeräten (Taser) prüfen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: "Der Einsatz moderner Fahndungsinstrumente wie bspw. automatische Kennzeichenlesesysteme, Dashcams und Drohnen wollen wir forcieren." Der "Einsatz mobiler IT im Streifenwagen und die ausreichende Ausstattung mit Smartphones und Laptops, damit unmittelbar auf Lagebilder, Ermittlungsinstrumente und Auskunftssysteme zugegriffen werden kann" bereits in den Z. 3587 und 3601 enthalten ist. Taser können eingesetzt werden.
A99	6	3670		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3670: „Wir setzen uns außerdem für kompatible länderübergreifende Softwareprogramme ein. Nationale und europäische Datensysteme sind unverzichtbar für eine moderne Polizeiarbeit.“	Erfolgt ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme A93 und A95

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A100	6	3775		setze	CDU-KV Stormarn	setze als weiterer Punkt nach Zeile 3775: „Daneben werden wir den Städten und Gemeinden eine niederschwellige gesetzliche Möglichkeit einräumen, kommunale Waffenverbotszonen in den Kommunen zu schaffen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: Neuer Bulletpoint n Z. 3776: "Wir werden ein landesweit geltendes Waffenverbot an Bahnhöfen prüfen. Dabei nehmen wir auch in den Blick, welche landesrechtliche Änderungen erforderlich sind, um vor Ort gebotene kommunale dauerhafte Waffenverbotszonen leichter einrichten zu können."
A101	6	3782		Setze	Programmkommision	Ergänze: Für die Umsetzung des 10-Punkteplans werden wir weiterhin die erforderlichen finanziellen und personellen Mittel zu Verfügung stellen.	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
A102	6	3792		setze	Programmkommision	Ergänze nach erstem Satz: Die Jugendfeuerwehren und das Jugendfeuerwehrzentrum in Rendsburg bilden die Basis für die Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren.	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
A103	6	3801		setze	CDU Ortsverband Groß Wittensee	„stärker finanziell“ ... die Kommunen dabei stärker finanziell unterstützen, moderne ...		Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A104	6	3802		setze	CDU-KV Dithmarschen	Füge Satz hinter „zuhalten“ ein: „Auch die Sanierung und Modernisierung von Feuerwehrgerätehäusern durch die Kommunen wollen wir weiter unterstützen.“	Es wird nur im Forderungskatalog von der Unterstützung von Kommunen bei der Modernisierung/Neubau von Feuerwehrgerätehäusern geredet. Dieses fehlte bisher in der ausführlicheren Erklärung.	Annahme
A105	6	3803		setze	CDU-KV Plön & CDA SH	"Wir werden die Kommunen bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und beim Neu- wie Umbau von Feuerwehrhäusern stärker als bislang finanziell unterstützen. Die mit den Anschaffungen und Bauten inzwischen verbundenen Anforderungen und Auflagen übersteigen oft die finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Gemeinde und Städte. Zudem ist es nötig, über die Realität in der täglichen Einsatzbereitschaft Freiwilliger Feuerwehren vor allem in kleineren Gemeinden zu sprechen und Wege zu finden, diese zu stärken."		Erledigt durch Annahme A100 und A104
A106	6	3821		streiche und setze	Landesfachausschuss	6.9 Die Bundeswehr ist Teil von Schleswig-HolsteinDer wachsende strategische Wettbewerb der Großmächte China und USA sowie die veränderte Haltung Russlands, gipfelnd in der Annexion der Krim 2014, erforderten die Refokussierung der Bundeswehr auf unsere Landes- und Bündnisverteidigung. Bedrohungsszenarien an der NATO-Ostflanke zeigen die zentrale Rolle des Ostseeraumes als Unterstützungsrouten, nicht nur der im Baltikum gegenwärtig stationierten Bundeswehrkräfte. Aufgrund unserer geographischen Lage spielt die Bundeswehr mit allen hier stationierten Kräften eine tragende Rolle. Denn gerade im Ostseeraum existieren vielfältige sicherheitspolitische Potenziale aber auch Risiken, auf die wir in den bestehenden Bündnissen vorbereitet sein müssen.Die Bundeswehr gehört zu uns und prägt mit ihren Standorten, Übungsplätzen und		Annahme in geänderter Fassung: Ergänze nach Zeile 3833 nach "unterstützt": und ist auch in der gegenwärtig schwierigen Situation wieder verlässlich zur Stelle. Das verdient unsere besondere Anerkennung. Ergänze nach "Schulen" in Zeilen 3841 und 3858 "und Hochschulen"

Nr.	Ka- pi- tel	Zeile	bis Zeile	Art	Antrags- steller	Anträge	Begründung	Votum Antrags- kommission
						<p>sichtbaren Einheiten auch unser Bundesland. Das ist uns wichtig, denn sie ist für uns unverzichtbar. Wir bekennen uns ausdrücklich zu unserer Bundeswehr! Unsere Freiheit und unser Wohlstand ist und bleibt gerade als Küstenland abhängig von stabiler innerer und äußerer Sicherheit. Dazu gehört die dem Auftrag angemessene Finanzierung der Bundeswehr. Aus diesem Grund bekennen wir uns als CDU ausdrücklich zum 2%-Ziel der NATO. Für uns als CDU Schleswig-Holstein, muss die Bundeswehr öffentlich sichtbar sein! Wir wollen auch deshalb für die Angehörigen der Bundeswehr und deren Familien als Stationierungsstandort, Wohn- und Arbeitsort weiterhin attraktiv sein. Im Rahmen der Pandemiefolgenbekämpfung hat uns die Bundeswehr in Schleswig-Holstein mit ihren Soldatinnen und Soldaten, ihren Fähigkeiten und medizinischen Einrichtungen erheblich unterstützt und ist auch in der gegenwärtig schwierigen Situation wieder verlässlich zur Stelle. Das verdient unsere besondere Anerkennung! Es hat aber auch ebenso unmissverständlich gezeigt: die Bundeswehr hilft damit ganz besonders auch den Menschen in Schleswig-Holstein. Die bei uns stationierten Truppenteile der Bundeswehr sichern, neben den sicherheitspolitischen Ansprüchen des Bundes, zugleich die eigene Handlungs- und Reaktionsfähigkeit auch im Katastrophenschutz sowie der allgemeinen Krisenvorsorge in unserem Bundesland. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass Politische Bildung an unseren Schulen, Hochschulen und Universitäten faktenbasiert und ganzheitlich gedacht wird. Dazu gehört für uns auch die objektive Wissensvermittlung über nationale und internationale sicherheitspolitische Zusammenhänge. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr vermitteln auf Einladung solches Wissen zuverlässig, angemessen, wertneutral und altersgerecht aufbereitet. KONKRET: • Wir begrüßen weithin sichtbare Übungen, auch mit verbündeten Streitkräften</p>		

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						und Kräften lokaler Blaulichtorganisationen in unserem Bundesland sowie dessen Seegebieten. • Wir engagieren uns dauerhaft für den Erhalt aller existierenden Dienststellen und Standorte der Bundeswehr in Schleswig-Holstein und unterstützen die Stationierung und den weiteren Aufwuchs von Dienstposten in Schleswig-Holstein. • Wir setzen uns für die Durchführung öffentlicher Gelöbnisse und Veranstaltungen ein. • Wir setzen uns dafür ein, bestehende und geplante Baumaßnahmen der Bundeswehr durch die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein konsequent und schnell zu bearbeiten, um so für die Bundeswehr schneller Ergebnisse zu erreichen. • Wir begrüßen nachdrücklich die Unterstützung politischer Bildung und Vermittlung sicherheitspolitischer Zusammenhänge durch die Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen, Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein.		
A107	6	3845		setze	CDU-KV Segeberg	Die Bundeswehr in Schleswig-Holstein leistet mit ihren Soldatinnen und Soldaten einen hohen Beitrag bei Auslandseinsätzen. Dieses geschieht sowohl mit aktiven Soldaten, aber auch mit wehrübenden Reservisten. Wir setzen uns für die Einführung eines Veteranenkonzeptes ein, da innerhalb der Zivilgesellschaft ein großes Desinteresse gegenüber dem Thema herrscht.		Annahme in geänderter Fassung: "Die Bundeswehr in Schleswig-Holstein leistet mit ihren Soldatinnen und Soldaten einen hohen Beitrag bei Auslandseinsätzen. Dieses geschieht sowohl mit aktiven Soldaten, aber auch mit wehrübenden Reservisten. Wir setzen uns daher für die Einführung eines Veteranenkonzeptes ein."

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A108	6	3846		setze	CDU-KV Segeberg	Wir unterstützen die Veteranenkultur in Schleswig-Holstein und ihre Organisationen und setzen uns für die Belange der Einsatzveteranen ein.	Aktuell gibt es noch keine gesellschaftlich getragene Veteranenkultur in Deutschland. Verschiedene Veteranenorganisationen arbeiten seit Jahren an einer Lösung und versuchen mit ihren Aktionstagen die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Von Seiten der Politik werden bis heute, keine großen Anstrengungen unternommen, eine Veteranenkultur zu unterstützen und voranzutreiben. An den Aktions- und Gedenkveranstaltungen nehmen bisher nur selten Politiker teil. Ein Bewusstsein für Veteranen kann nur entstehen, wenn man die Zivilgesellschaft in authentischer Art und Weise, aktiv über den Beruf des Soldaten, die Einsätze und deren Folgen informiert- und sich dazu bekennt. Bei ca. 400.000 Einsatzrückkehrern, von denen nach offiziellen Angaben ca. 20% mit Folgeschäden heimkehren, bewegen wir uns in einem Bereich, in dem mehr Informationsarbeit gegenüber der Zivilgesellschaft geleistet werden muss. Laut einer Dunkelzifferstudie der TU	Annahme nach Zeile 3859

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Dresden liegt die Zahl sogar bei 50%.	
A109	7	3969	ff.	setze	CDU-KV Plön & CDA SH	<p>"Die sozialen und gesundheitlichen Corona-Folgen werden uns weiter intensiv beschäftigen. Dazu zählen die Stärkung der Kliniken, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Pandemie. Familien, Kinder, Schüler, Ältere, Praxen und in Heimen Wohnende tragen durch die Corona-Zeit erhebliche Lasten. Ihnen und ihren Problemen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, ob beim Homeoffice, dem Unterricht oder bei Überbelastungen. Wir werden dem in der aktuellen Arbeit weiter entsprechend Rechnung tragen und zudem eine Expertenkommission berufen, um Wege für die bestmögliche Vereinbarkeit der verschiedenen Problembereiche in Krisen aufzuzeigen. Unsere Unterstützung gilt auch allen, für die die Krise wirtschaftlich schwere Lasten bedeutet, die einsam geworden sind oder ansonsten mit pandemiebedingten Problemen zu kämpfen haben. Wir sprechen uns dafür aus, eine Impfpflicht gegen Corona umgehend einzuführen. Impfschutz ist die wirksamste Möglichkeit, die gesundheitlichen Gefahren durch die Pandemie für den Einzelnen, für die gesundheitliche Versorgung insgesamt und für die Gesellschaft entscheidend zu mindern."</p>		<p>Annahme in geänderter Fassung: "Die Corona-Pandemie hat daher schonungslos offengelegt, wie wichtig ein gut aufgestelltes Gesundheits- und Pflegesystem ist. Dabei sind wir auch so gut durch die Krise gekommen, weil wir in den vergangenen Jahren vieles richtiggemacht und den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein gestärkt haben. Diesen Weg wollen wir weiterbeschreiten. Wir ziehen die Lehren aus der Pandemie und arbeiten weiter an unserem Öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir bauen die Prävention aus und wir sichern und entwickeln ein hervorragendes und</p>

Nr.	Ka- pi- tel	Zeile	bis Zeile	Art	Antrags- steller	Anträge	Begründung	Votum Antrags- kommission
								<p>leistungsstarkes Gesundheits- und Pflegesystem in unserem Land fort. Die Corona-Pandemie hat aber auch vieles aufgezeigt, wo wir noch nacharbeiten können. Gerade Familien, Kinder, Schülerinnen und Schüler, Seniorinnen und Senioren, Praxen und in Heimen Wohnende tragen durch die Corona-Zeit erhebliche Lasten. Ihnen und ihren Problemen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, ob beim Homeoffice, dem Unterricht oder bei Überbelastungen. Wir werden dem in der aktuellen Arbeit weiter entsprechend Rechnung tragen und zudem eine Experten-Kommission berufen, um Wege für die bestmögliche</p>

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								Vereinbarkeit der verschiedenen Problembereiche in Krisen aufzuzeigen."
A110	7	4031		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	Füge als zusätzlichen Punkt ein: Wir werden uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Anmeldung eines Kindes nach der Geburt automatisch die Kindergeld- und Steueransprüche auslöst.		Annahme in geänderter Fassung: "Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Eltern künftig die Möglichkeit haben, mit einer Online-Anmeldung eines Kindes die Auszahlung von Kinder- und Elterngeld sowie die Gewährung des Kinderfreibetrags auszulösen."
A111	7	4098		setze	CDU-KV Plön & CDA SH	Ab Zeile 4098 neu: Die Gestaltung des Lebens im beruflichen Ruhestand und im Alter ist individuell. Sie ist für viele eine neue Lebensphase, die mit Veränderungen, zum Teil auch Einschränkungen verbunden ist. Wohnen, Sicherheit, Gesundheit, Pflege, Mobilität und eine bestmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind dafür von besonderer Bedeutung. Auch Seniorinnen und Senioren haben einen Anspruch darauf, am gesellschaftlichen Leben diskriminierungsfrei und vollberechtigt teilzunehmen. Die CDU steht zur Verantwortung der Generationen für- und miteinander. Dies gilt für die Familie wie für Staat und Gesellschaft. Rund ¾ der Pflegebedürftigen werden in Schleswig-		Annahme in geänderter Fassung: "Die Gestaltung des Lebens im beruflichen Ruhestand und im Alter ist individuell. Sie ist für viele eine neue Lebensphase, die mit Veränderungen, zum Teil auch Einschränkungen verbunden ist. Wohnen, Sicherheit,

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						<p>Holstein zu Hause von Angehörigen mit Hilfe sozialer Dienste gepflegt. Wir werden weiter alle Maßnahmen unterstützen, die helfen, sie dabei zu unterstützen und ihre Arbeit zu erleichtern. Zu Hause zu pflegen, verdient besonderer Anerkennung.</p> <p>Eine gute Möglichkeit, die Mobilität allgemein und im zunehmenden Alter im Besonderen zu steigern, sind bedarfsorientierte Angebote wie Anruf-Linienfahrten (ALFA) oder Bürgerbusse. Zu bestimmten Zeiten können bei ALFA auf Busrouten nach vorheriger Anmeldung Fahrten mit dem Taxi zum Preis der Busfahrt gebucht werden. Wir werden dies landesweit unterstützen und zu einem noch flexibleren und auch kreisübergreifenden Rufbus-System weiterentwickeln.</p> <p>Die Digitalisierung darf an Seniorinnen und Senioren - wie auch an anderen Bürgerinnen und Bürgern - nicht vorbeigehen. Schulungskurse sind keine ausreichende Antwort. Nötig ist es, für Ältere solche Digitalisierungsformen zu entwickeln, dass sie im Alltagsleben und an den Geschäften des täglichen Lebens akzeptabel teilnehmen können.</p> <p>Eine dauerhafte verlässliche, auf Leistung wie sozialer Notwendigkeit beruhende Rente ist ein Eckpfeiler der solidarischen Gesellschaft. Dies gibt Seniorinnen und Senioren Sicherheit. Die Rente ist sicher - dies gilt auch heute und soll auch künftig so sein.</p> <p>Allerdings bekommt ein Teil der Rentnerinnen und Renten Rente in einer Höhe, die zum Leben nur noch knapp reicht. Hier sind vor allem Frauen betroffen, die für die Erziehung ihrer Kinder auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet haben. Gerechtigkeit der Generationen muss auch dies beachten.</p> <p>Es ist nötig, das Rentensystem dahingehend zu überprüfen, dass bei langfristig Arbeitenden geringe Löhne / Einkommen eine Berücksichtigung in einer Höhe finden, die eine angemessene Alterssicherung sicherstellen. Zudem ist die</p>		<p>Gesundheit, Pflege, Mobilität und eine bestmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind dafür von besonderer Bedeutung. Auch Seniorinnen und Senioren haben einen Anspruch darauf, am gesellschaftlichen Leben diskriminierungsfrei und vollberechtigt teilzunehmen. Wir stehen zur Verantwortung der Generationen für- und miteinander. Dies gilt für die Familie wie für Staat und Gesellschaft.</p> <p>Wir wollen Seniorinnen und Senioren durch eine Vielfalt an Angeboten ein eigenverantwortliches, selbstbestimmtes Leben in der selbst gewählten Umgebung ermöglichen. Hierfür werden wir</p>

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						<p>Besteuerung der Renten auf Ungerechtigkeiten zu überprüfen. Hinsichtlich der Grundrente ist zu erörtern, inwieweit Gerechtigkeitslücken geschlossen werden können.</p>		<p>Handlungsempfehlungen zum „Wohnen für das Alter“ entwickeln (siehe 4.2). Damit schaffen wir eine integrierte Quartiersentwicklung sowie gute Beratungs- und Begleitstrukturen, die das soziale Leben vor Ort für unsere ältere Generation verbessern und Teilhabe sichern. Wir wollen die Fördermöglichkeiten zur Schaffung von geeignetem Wohnraum für Seniorinnen und Senioren gezielt ausbauen. Eine gute Möglichkeit, die Mobilität allgemein und im zunehmenden Alter im Besonderen zu steigern, sind bedarfsorientierte Angebote wie Anruf-Linienfahrten (ALFA) oder Bürgerbusse. Zu bestimmten Zeiten</p>

Nr.	Ka- pi- tel	Zeile	bis Zeile	Art	Antrags- steller	Anträge	Begründung	Votum Antrags- kommission
								<p>können bei ALFA auf Busrouten nach vorheriger Anmeldung Fahrten mit dem Taxi zum Preis der Busfahrt gebucht werden. Wir werden dies landesweit unterstützen und zu einem noch flexibleren und auch kreisübergreifenden Rufbus-System weiterentwickeln.</p> <p>Der Anteil der älteren Generation, der sich im digitalen Alltag behaupten kann, wächst stetig. Wo diese aber eine individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung benötigen, wollen wir diese bereitstellen. Dabei bedarf es einer zielgerichteten Kommunikation von Beratungs-, Schulungs- und Dienstleistungsangeboten. Damit ermöglichen wir</p>

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								<p>soziale Teilhabe, erhöhen die Selbständigkeit im Alter und fördern die Inklusion in der Gesellschaft.</p> <p>Zudem werden wir die Höchstaltersgrenzen auf den Prüfstand stellen, die ältere Menschen von bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe ausschließen. Im Verkehr und in der Infrastruktur werden wir die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigen und breit informieren.</p> <p>Eine dauerhafte verlässliche, auf Leistung wie sozialer Notwendigkeit beruhende Rente ist ein Eckpfeiler der solidarischen Gesellschaft. Dies gibt Seniorinnen und Senioren</p>

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								Sicherheit. Allerdings bekommt ein Teil der Rentnerinnen und Rentner Rente in einer Höhe, die zum Leben nur noch knapp reicht. Hier sind vor allem Frauen betroffen, die für die Erziehung ihrer Kinder auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet haben. Gerechtigkeit der Generationen muss auch dies beachten. Insofern setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die sozialen Sicherungssysteme und insbesondere die Altersversorgung zukunftsfest gemacht werden.
A112	7	4119		setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion SH	"Wir werden ein einkommensabhängiges Seniorenticket in Anlehnung an das Semesterticket einführen."		Ablehnung
A113	7	4155		setze	CDU-KV Lübeck	In Zeile 4155 wird nach „... kommunaler Ebene.“ der folgende Satz eingefügt: „Wir wollen mehr Frauen für eine Kandidatur für Mandate	Die Klarstellung sollte vor dem Hintergrund der Bemühungen von politischen	Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						gewinnen, gesetzliche Quotenregelungen für die Kandidatenaufstellung der Parteien lehnen wir ab.“	Wettbewerbern erfolgen, über sogenannte und verfassungsrechtlich bedenkliche bzw. in einigen Bundesländern bereits gescheiterte „Paritätsgesetze“ den Versuch zu unternehmen, hier staatliche Vorgaben zu schaffen.	
A114	7	4176		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	<p>Den Abschnitt bitte komplett durch den nachfolgenden Text streiche, setzen:</p> <p>„7.6 Geschlechtersensible Sprache In den vergangenen Jahren hat der Gebrauch von geschlechtersensibler Sprache und auch Gendersprache im öffentlichen Raum stark zugenommen. Die öffentliche Verwaltung sowie der öffentlich-rechtliche Rundfunk haben nahezu komplett auf die Dopplung der Geschlechter, in Teilen sogar auf den Gebrauch von Gendersternen (*), Doppelpunkten (:) oder dem Binnen-I umgestellt. Dieses betrifft sowohl die mündliche als auch die schriftliche Ausdrucksweise.</p> <p>Wir verstehen auf der einen Seite zwar das Gefühl einiger Menschen, sich durch den ausschließlichen Gebrauch des generischen Maskulinums ausgegrenzt zu fühlen, halten aber die mit dem Gebrauch der oben beschriebenen Instrumente einhergehende Sprachveränderung für zu umfangreich. Die deutsche Sprache soll in ihrer Klarheit und Schönheit erhalten bleiben und nicht durch die sperrig daher kommenden Dopplungen oder Brüche (*, :) beeinträchtigt werden.</p> <p>Die deutsche Sprache in ihrer Schönheit und Brillanz erhalten</p> <p>Die deutsche Sprache ist ein über Jahrhunderte gewachsenes Kulturgut, auf das wir stolz sind, und deren Ästhetik in Schrift und Wort wir weiterhin pflegen wollen. Daher</p>	Siehe Text	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						<p>lehnen wir einen flächendeckenden Einsatz der geschlechtersensiblen Sprache oder der Gendersprache in der öffentlichen Verwaltung, den Schulen, den Hochschulen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ab.</p> <p>Sprache ist grundsätzlich Privatsache. Daher gibt es mit uns keine Sprachpolizei, die den Gebrauch von geschlechtersensibler Sprache oder Gendersprache sanktioniert. In offiziellen Dokumenten der Behörden soll jedoch zum besseren Verständnis und der einfacheren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet werden. Eine Sanktionierung des Gebrauchs von geschlechtersensibler Sprache oder Gendersprache durch Schüler der gymnasialen Oberstufe oder durch Studenten lehnen wir ab.</p> <p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einen flächendeckenden Gebrauch von geschlechtersensibler Sprache oder Gendersprache in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen lehnen wir ab. • Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden wir uns für die Verwendung des generischen Maskulinums einsetzen. • Wir sind gegen eine Sanktionierung des Gebrauchs von geschlechtersensibler Sprache oder Gendersprache durch Schüler der gymnasialen Oberstufe oder durch Studenten.“ 		
A115	7	4176		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	<p>streiche „geschlechtersensible Sprache“ streiche, setze: „Gendersprache“</p>	Die „Gendersprache“ ist nicht geschlechtersensibel. Sensibilität ist etwas höchstpersönliches, darum kann und wird Sprache nie allen Sensibilitäten gerecht werden. Das ist auch nicht Aufgabe von Sprache. Die Gendersprache ist eine ideologisch erdachte Sprache zur Durchsetzung einer wissenschaftlich	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							umstrittenen These der multiplen Geschlechter.	
A116	7	4176		streiche	CDU-KV Stormarn	streiche „Geschlechtersensible“	Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.	Ablehnung
A117	7	4176	4177	setze	CDU-KV Stormarn	Füge ein nach der Überschrift: „Sprache ist ein verbindendes Element. Damit Sprache erlernbar bleibt und	Erfolg ggf. mündlich	Ablehnung

Nr.	Ka- pi- tel	Zeile	bis Zeile	Art	Antrags- steller	Anträge	Begründung	Votum Antrags- kommission
						<p>Rechtssicherheit in den Begriffen besteht, Gibt es allgemeingültige Regeln für den Gebrauch. Im Jahre 2005 wurde mit dem Rat für deutsche Rechtschreibung ein staatliches Gremium geschaffen, das für den deutschsprachigen Raum ein länderübergreifendes verbindliches Regelwerk gewährleisten soll. Dieser Rat beschreibt seine Aufgabe, als die Bewahrung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum und die Weiterentwicklung der Rechtschreibung auf der Grundlage des orthografischen Regelwerke im unerlässlichen Umfang. Das Amtliche Regelwerk gilt für Schulen, Verwaltung und Rechtspflege gleichermaßen. Der Rat spricht sich explizit gegen die Verwendung „von Asterisk („Gender-Stern“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinneren“ aus. Aus Gründen der Lesbarkeit, Verständlichkeit und Eindeutigkeit folgen wir dieser Einschätzung. Gegenderte Sprache hat nichts mit natürlichem Sprachwandel zu tun. Während Sprache sich ständig verändert, z.B. weil neue Ausdrücke hinzukommen, werden Menschen durch gendern moralisch unter Druck gesetzt. Uns ist wichtig, dass sich niemand ausgeschlossen fühlt- doch das ist eine Frage der Haltung. Wir sind gegen die Spaltung der Gesellschaft durch Sprache in „Gute“ und „böse“ Menschen. Durch ein klares Regelwerk nehmen wir Rücksicht auf Menschen „mit geringer Literalität, die nicht in der Lage sind, auch nur einfache Texte zu lesen.“ Wir folgen dieser Einschätzung des Rates, dass „Menschen, die innerhalb oder außerhalb des deutschsprachigen Raums Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache erlernen, (...) der Sprach- und Schriffterwerb nicht erschwert werden“ sollte. Die in den Schulen vermittelte Grammatik und Rechtschreibung muss daher den Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung entsprechen. Wir teilen auch die Ansicht des Rates für</p>		

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						deutsche Rechtschreibung, der mahnt, dass „Hochschulen und Lehrende (...) die Freiheit des Studiums nicht nur bei der Wahl von Lehrveranstaltungen, sondern auch bei der Erarbeitung und Äußerung wissenschaftlicher Meinungen der Studierenden zu beachten und zu schützen“ haben.“		
A118	7	4177	4178	streiche	CDU-KV Stormarn	„auf unterschiedliche Art und Weise“	Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.	
A119	7	4180		streiche	CDU-KV Stormarn	streiche „stetig weiter“	Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.	Ablehnung
A120	7	4181		streiche	CDU-KV Stormarn	„Geschlechtersensibilität“ und setze: „Sprache“	Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							<p>Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeobjekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.</p>	
A121	7	4182		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	<p>streiche „geschlechtersensible Sprache“ streiche, setze: „Gendersprache“</p>	<p>Die „Gendersprache“ ist nicht geschlechtersensibel. Sensibilität ist etwas höchstpersönliches, darum kann und wird Sprache nie allen Sensibilitäten gerecht werden. Das ist</p>	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							auch nicht Aufgabe von Sprache. Die Gendersprache ist eine ideologisch erdachte Sprache zur Durchsetzung einer wissenschaftlich umstrittenen These der multiplen Geschlechter.	
A122	7	4182	4184	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche von „Uns ist“ bis „überlassen sein“ und setze: „Die Verwendung von Sprache soll jedem selbst überlassen sein.“	: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.	
A123	7	4182	4203	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	<p>streiche komplett.</p> <p>setze: „Die Verwendung von Sprache ist jedem selbst überlassen und damit auch die Verwendung von Gender-Bezeichnungen. Dort, wo aber staatliche Autoritäten in Verwaltung, Universitäten oder Schulen in Sprache und Schrift nach Außen auftreten, ist eine einheitliche Anwendungen der deutschen Sprach unabdingbar. Für Änderungen, die auf gesellschaftlichem Wandel basieren, gibt es den Mechanismus der Rechtschreibreform, deren Ausarbeitung von der Kultusministerkonferenz beschlossen wird. Keinesfalls kann es daher zulässig sein, dass einzelne Verwaltungsanghörige, Professoren oder Lehrer ihr eigenes Sprach- und Schriftempfinden zum Maßstab öffentlich-rechtlicher Autorität werden lassen.</p> <p>Konkret: Die Verwendung der „Gendersprache“ lehnen wir daher ab und werden dies in Verwaltung und Bildungseinrichtungen durchsetzen.</p>	<p>Einzelne Verwaltungsmitarbeiter, Professoren, Lehrer und Medien-schaffende versuchen derzeit aggressiv ihr politisch-motiviertes Sprachempfinden einer Mehrheit der Bevölkerung aufzuoktroyieren. In den Universitäten gibt es inzwischen Professoren, die nur noch gegenderte Arbeiten zu Benotung annehmen und Genderkurse verpflichtend machen. Im privaten Bereich kann jeder Sprache verwenden wie er möchte. Mitarbeiter des Staates, die mit Amtsmacht auftreten, dürfen dies nicht, sondern sind verpflichtet, sich an die verabschiedeten Regeln der Rechtschreibung zu halten. Deutschland ist ein Rechtsstaat und keine Spielwiese für linke, ideologische Projekte.</p>	Ablehnung
A124	7	4184		streiche	CDU-KV Stormarn	„ , die idelogisch vorgibt, wie gesellschaftlicher Wandel in der Sprache vorweggenommen werde soll.“	<p>Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und</p>	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							<p>Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.</p>	
A125	7	4186		streiche	CDU-KV Stormarn	„nicht nur geschlechtersensibel verwendet werden, sondern gleichermaßen“	<p>Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und</p>	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.	
A126	7	4188		setze	CDU-KV Nordfriesland	ergänze am Ende der Zeile: In sämtlichen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen sowie auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk soll die deutsche Grammatik und Rechtschreibung entsprechend der bewährten Vorgaben des deutschen Rechtschreibrates befolgt werden.		Ablehnung
A127	7	4189		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche „geschlechtersensible Sprache“ streiche, setze: „Gendersprache“	Die „Gendersprache“ ist nicht geschlechtersensibel. Sensibilität ist etwas höchstpersönliches, darum kann und wird Sprache nie allen Sensibilitäten gerecht werden. Das ist auch nicht Aufgabe von Sprache. Die Gendersprache ist	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							eine ideologisch erdachte Sprache zur Durchsetzung einer wissenschaftlich umstrittenen These der multiplen Geschlechter.	
A128	7	4189	ff.	streiche	CDU-KV Plön & CDA SH	Ab Zeile 4189 neuer Absatz: Ein zunehmendes Problem ist die Kompliziertheit von Sprache im Umgang mit Behörden und Gesetzen. Einerseits ist die Notwendigkeit rechtssicherer Kommunikation nötig, andererseits müssen Gesetze, Bescheide, Verordnungen und andere Schriftstücke so formuliert sein, dass man sie auch verstehen kann. In der nächsten Wahlperiode wollen wir alle Gesetze, Erlasse, Richtlinien und Verordnungen des Landes darauf überprüfen, ob auf sie entweder ganz oder teilweise verzichtet werden kann.		Ablehnung
A129	7	4189	f	streiche	CDU-KV Nordfriesland	streiche Zeilen 4189 bis 4194 ersatzlos		Ablehnung
A130	7	4191		streiche	CDU-KV Stormarn	„sowohl der Nicht-Anwendung wie auch der Anwendung“ und „geschlechtersensibler“	Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends,	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.	
A131	7	4197		setze	CDU-KV Stormarn	Füge ein hinter Kontext: „kritisch“	Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler.	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.	
A132	7	4199		streiche	CDU-KV Stormarn	„Uns ist geschlechtersensible Sprache wichtig“	Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeobjekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.	
A133	7	4199		streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche, setze Zeilen 4199 – 4203 - Keine Spaltung der Gesellschaft durch Gendern der Sprache - Einhaltung der Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung - Schulen, Verwaltung und Rechtspflege verwenden das amtliche Regelwerk	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
A134	7	4202		streiche	CDU-KV Nordfriesland	streiche Zeile 4202/4203 formuliere den Satz neu: In sämtlichen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen sowie auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss die Grammatik und Rechtschreibung den Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung entsprechen und darf die Lern- und Verstehbarkeit nicht erschweren.		Ablehnung
A135	7	4337	4341	streiche und setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion SH	"Gesundheit trägt einen wesentlichen Teil zu einem selbstbestimmten und freiheitlichen Leben bei. Schleswig-Holstein besitzt eine erprobte, zuverlässige und bedarfsorientierte Gesundheitsversorgung. Sie wird ganz wesentlich von ihrer mittelständischen, selbstständigen und freiberuflichen Struktur geprägt. Wir wollen sie erhalten und verbessern. Eine gute medizinische und zahnmedizinische, psychotherapeutische und pflegerische, nichtärztlich heilberufliche und gesundheitshandwerkliche Versorgung ist dafür unabdingbar. Sie gehört für uns zu den Kernaufgaben der Daseinsvorsorge - egal, ob auf dem Land oder in der Stadt, frei und unabhängig von der Einwirkung und den Interessen Dritter."	Begründung: Mit dieser Formulierung werden die bisherigen medizinischen Strukturen positiv bewertet und die Bedeutung der personenbezogenen wohnortnahen Versorgung hervorgehoben. Ca. 90 Prozent der Bevölkerung hat mindestens einmal im Jahr Kontakt zu einer Gesundheitseinrichtung.	Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A136	7	4340		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	... oder in der Stadt, frei und unabhängig von der Einwirkung und den Interessen Dritter.	Um Therapiefreiheit von Arzt und Patient deutlich zu machen gegenüber möglichen ökonomisch geprägten Eingriffen.	Erledigt durch Annahme A135
A137	7	4356		setze	Programmkommission	Ergänze: "Um die Versorgung gerade im ländlichen Raum zu sichern, werden wir die Einführung von Angeboten durch Gemeindepflegerinnen und -pfleger und Gesundheitslotsinnen und -lotsen prüfen."		Annahme
A138	7	4351		setze	Junge Union SH	setze hinter "ausbauen" "In Regionen mit einer schwächeren hausärztlichen Versorgung können Gemeindepfleger eine Ersteinschätzung, sowie eine Erstversorgung vornehmen, sowie mit kooperierenden Hausarztpraxen Rücksprache halten. Hierfür wollen wir ein Pilotprojekt einrichten."	ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme A137
A139	7	4381		setze,	Junge Union SH	"Wir werden ein Pilotprojekt der Gemeindepflegekraft einführen."	ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme A137
A140	7	4356		Setze	Programmkommission	Ergänze: "In diesem Zuge wollen wir prüfen, ob in Zusammenarbeit mit den ärztlichen Interessenvertretungen eine Matching-Plattform erstellt werden kann, auf der interessierte Ärzte und Praxen, die Unterstützung suchen, Profile anlegen und nach entsprechendem Angebot suchen können. Zudem wollen wir prüfen, welche weiteren Anreize wir setzen können, um Ärzte gerade für den ländlichen Raum zu gewinnen.		Annahme
A141	7	4363		setze	Programmkommission	Ergänze: „Damit Krankenhäuser und Universitätskliniken eine bestmögliche Behandlung der Patientinnen und Patienten leisten können, ist eine auskömmliche und angemessene Finanzierung unerlässlich, sowohl bei den Betriebskosten als auch bei den Investitionsmitteln. Für die durch die Corona-Pandemie entstehenden und entstandenen finanziellen Auswirkungen auf Krankenhäuser und Universitätskliniken muss es einen vollständigen finanziellen Ausgleich geben. Wir setzen uns daher dafür ein, dass in Ergänzung zu den leistungsbezogenen Fallpauschalen für die		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						akutstationäre Versorgung der Bevölkerung mit ihren spezifischen Vorhaltekosten, inklusive Personalkosten, eine Grundpauschale bzw. Basispauschale eingeführt wird. Es ist uns weiterhin ein wichtiges Anliegen, dass sich der Bund angemessen finanziell an den Investitionskosten der Krankenhäuser beteiligt. Gleichwohl hat die Pandemie auch gezeigt, dass wir Schleswig-Holsteins Krankenhauslandschaft zukunftsfest machen müssen. Da dies eine gesamtgesellschaftliche Frage darstellt, die sich nicht für politische Auseinandersetzungen eignet sondern einer konsensualen Lösung bedarf, wollen eine Enquete-Kommission einsetzen. Dabei muss sichergestellt werden, dass Krankenhausplanung und -finanzierung so organisiert sind, dass die bedarfsgerechte Versorgung und Pflege jederzeit gesichert ist. Eine bestmögliche wohnortnahe medizinische und psychotherapeutische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie eine gute Verzahnung und Zusammenarbeit zwischen den ambulanten und stationären Angeboten der Gesundheitsversorgung sind uns ein wichtiges Anliegen." Streiche Folgesätze bis 4370		
A142	7	4374		streiche und setze	Programmkommission	Streiche und setze: „Wir setzen uns für die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Zukunft der medizinischen Versorgung in Schleswig-Holstein im Landtag ein“		Annahme
A143	7	4385		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA SH	7.10 Überschrift: Menschen in Not haben unsere Unterstützung Obdachlose, wohnungssuchende oder von dem Verlust der Wohnung bedrohte Bürgerinnen und Bürger haben in Schleswig-Holstein sowohl beim Landtag wie bei der Landesregierung ein offenes Ohr. Das Dach des Landtages gilt für alle Bürgerinnen und Bürger. Der Landtagspräsident hat dies durch seine Einladung zu Gesprächen und Empfängen deutlich gemacht. Die sozialen Verbände, insbesondere die Diakonie, Initiativen und Kommunen leisten eine wichtige Arbeit. Wir haben die finanziellen Mittel		Annahme als neuen Abschnitt 7.9 in Zeile 43357.9 Überschrift: Menschen in Not haben unsere Unterstützung Obdachlose, wohnungssuchende oder von dem Verlust der Wohnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						<p>für Prävention und Betreuung seitens des Landes in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden dies auch künftig tun, wenn nötig. Tafeln leisten eine wichtige soziale Arbeit. Mit dem Fonds zur Linderung sozialer Härten haben wir während der Corona-Zeit Tafeln und andere Organisationen unterstützt. Organisationen, die Menschen in Not - auch unbürokratisch - helfen, wird das Land auch künftig Hilfen geben.</p>		<p>bedrohte Bürgerinnen und Bürger haben in Schleswig-Holstein sowohl beim Landtag wie bei der Landesregierung ein offenes Ohr. Das Dach des Landeshauses gilt für alle Bürgerinnen und Bürger. Der Landtagspräsident hat dies durch seine Einladung zu Gesprächen und Empfängen deutlich gemacht. Mit Herz gegen ArmutDie sozialen Verbände, insbesondere die Diakonie, Initiativen und Kommunen leisten eine wichtige Arbeit. Wir haben die finanziellen Mittel für Prävention und Betreuung seitens des Landes in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden dies auch künftig tun, wenn nötig. Wir wollen die</p>

Nr.	Ka- pi- tel	Zeile	bis Zeile	Art	Antrags- steller	Anträge	Begründung	Votum Antrags- kommission
								<p>Wohnvermittlung für Wohnungslose vereinfachen und ausbauen. (siehe auch 4.2)Die Tafeln leisten mit ehrenamtlicher Arbeit einen großen Beitrag zur Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen. Bei dieser Arbeit wollen wir die Tafeln unterstützen. In der Corona-Zeit ist durch das Land ein Fonds für soziale Härten aufgelegt worden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dieser Fonds auch außerhalb der Corona-Zeit fortgesetzt wird. Von diesen Mitteln sollen insbesondere die Tafeln profitieren und das ehrenamtliche Engagement vor Ort unterstützt werden.Daneben wollen wir die</p>

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								Arbeitsberichterstattung des Landes überprüfen und gegebenenfalls Verbesserungen auf den Weg bringen. Konkret:• Wir wollen die Mittel für Armutsbekämpfung weiter ausweiten. • Wir wollen dauerhaft einen Fonds für soziale Härten schaffen, der insbesondere die ehrenamtliche Arbeit der Tafeln unterstützt. • Wir wollen die Arbeitsberichterstattung des Landes überprüfen.
A144	7	4411		setze	Junge Union SH	"Medizinstudierende tragen im Rahmen des Praktischen Jahres wesentlich zum Gelingen der klinischen Patientversorgung bei, erhalten hierfür allerdings keine Aufwandsentschädigung. Wir setzen uns für ein faires Praktisches Jahr und damit für eine angemessene Aufwandsentschädigung ein."	ggf. mündlich	Ablehnung
A145	7	4416		setze	Junge Union SH	"Wir setzen uns für die Einführung einer bundesweiten und angemessenen Aufwandsentschädigung für Medizinstudierende im Praktischen Jahr (PJ) ein."	ggf. mündlich	Ablehnung, bzw. erledigt durch Ablehnung A144
A146	7	4416		setze	CDU-KV Stormarn	"Wir werden das Konzept faires PJ für Medizinstudenten umsetzen, um weiterhin attraktiv für junge Ärzte zu bleiben"	PJ-Studenten sind ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung der heutigen Zeit. Dafür sollten sie eine	Ablehnung, bzw. erledigt durch Ablehnung A144

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							angemessene Aufwandsentschädigung erhalten, um sich auf ihre Ausbildung und ihre Tätigkeiten im Krankenhaus konzentrieren zu können.	
A147	7	4488		streiche und setze	Landesfachausschuss Familie, Gesellschaft & Landesfachausschuss Soziales und der LFA Gesundheit	<p>streiche Zeile 4488: „Dafür wollen wir zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.“</p> <p>setze stattdessen: „Hierbei können Drogenkonsumräume (als „Säule der Schadensreduzierung“) ein setzendes Element eines Gesamtkonzeptes sein. Wir werden den Kommunen weiterhin die Einrichtung und den Betrieb über eine Landesverordnung ermöglichen, dieses Konzept wissenschaftlich begleiten und evaluieren. Wir werden zusätzliche Mittel zur Prävention und im Kampf gegen die Drogen zur Verfügung stellen und dabei klar regeln, dass Präventionsmittel nicht für Errichtung oder Betrieb von Drogenkonsumräumen verwendet werden, sondern weiterhin die „Säule der Prävention“ stärken.</p>	Mit der Landesverordnung vom 15.11.2021 wurde es den Kommunen freigestellt, wenn Bedarf gesehen wird, Drogenkonsumräume einzurichten. Wir begrüßen diesen Schritt zu Hilfen für Betroffene, um die durch Drogenkonsum bedingten Gefahren für die Gesundheit zu reduzieren und den Zugang zur Ansprache für Hilfen für die Betroffenen zu erleichtern. Für die zusätzlichen Aufgaben wie die Aufklärungsarbeit, Prävention und Betreuung der Betroffenen sind zusätzliche Finanzmittel auch durch das Land bereitzustellen. Die Präventionsarbeit muss finanziell weiter ausgebaut werden.	Annahme
A148	7	4543		streiche und setze	Programmkommission	Ersetze Satz durch: „Eine qualitativ hochwertige und sichere Versorgung rund um die Geburt schafft die besten Voraussetzungen für einen gesunden Start ins Leben.“		Annahme
A149	7	4543		setze	Programmkommission	Durch konkrete Maßnahmen wie der Reform der Hebammenausbildung, der Verbesserungen bei den Haftpflichtversicherungen für Hebammen und der Verlängerung der Nachsorge im Wochenbett von acht auf zwölf Wochen		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						haben wir in diesem Themenbereich schon wichtige Maßnahmen umgesetzt.		
A150	7	4548		streiche und setze	Programmkommission	Setze für den 1. Satz: „Es braucht ein flächendeckendes Angebot für Geburtshilfe, sowie Angebote der Vor- und Nachsorge um werdende Eltern bestmöglich zu unterstützen“.		Annahme
A151	7	4549		setze	CDU-KV Flensburg	setze (Fettdruck): Eine achtsame Betreuung vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit ist ein gesellschaftlich relevanter Beitrag zur Frauen- und Familiengesundheit. Wir wollen daher eine auskömmliche Hebammenversorgung im Land, die insbesondere Geburtsbegleitung, Vor- und Nachsorge für die Familien sicherstellt.		Erledigt durch Annahme A149
A152	8	4694	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Die Zeilen 4691 am Ende bis Zeile 4692 als Einleitung zum „Thema Schleswig-Holstein zu einem echten Sportland machen“ voranstellen. Direkt im Anschluss neu formulieren: „Wir werden die begonnene institutionelle Förderung des Landessportverbands weiter ausbauen und im Sportförderungsgesetz eine Dynamisierung der Fördermittel vorsehen.“	Die derzeit erstmalig erreichte gesetzlich gesicherte institutionelle Förderung des Landessportverbandes in Höhe von 11 Mio. Euro ist durchaus ein schwer erstrittener politischer Erfolg. Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Insbesondere die Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Sportentwicklungsplan stellen nicht nur das Land, sondern auch den Landessportverband vor neue finanzielle Herausforderungen, die durch die 1 Mio. EUR bei weitem nicht abgebildet werden. Ein entsprechender Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion, die 11 Mio. EUR zu dynamisieren, fand bei den Koalitionären	Annahme in geänderter Fassung: ab Zeile 4694: „Unser Sportland muss auch finanziell weiter gestärkt werden. Die im Sportförderungsgesetz geregelte institutionelle Förderung wollen wir dynamisieren und die Sportlandmittel kontinuierlich erhöhen. Dabei streben wir auch mittelfristig eine Erhöhung der Förderung vereinseigener Sportstätten an. Damit partizipiert auch der Sport von

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							leider keine Zustimmung. Dann müssen wir uns im Landeswahlprogramm konsequenterweise dafür aussprechen.	den Neuregelungen des Glücksspielsstaatsvertrages.“
A153	8	4705	ff.	setze	CDU-KV Pinneberg	setze nach: ...versehen. „Insbesondere mit Blick auf die große Bedeutung von Sport und Bewegung für unsere Gesundheit, wird der organisierte Sport mit seinen Vereinen und Verbänden ein unverzichtbarer Partner auf dem Weg aus der Pandemie sein.“	Dieser Zusatz ist die Rechtfertigung der Corona-Förderungen für den Sport, die nicht unumstritten waren.	Annahme
A154	8	4705	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Bitte vorhandenen Satz umformulieren: „Wir werden den begonnenen Weg konsequent fortsetzen und in Schleswig-Holstein eine flächendeckende Bewegungs- und Schwimmkultur innerhalb und außerhalb der Schulen mit der entsprechenden modernen, zukunftsfähigen Infrastruktur ausbauen. Insbesondere die Grundschulen sind dabei ein bedeutsamer Partner, da dort jedes Kind erreicht werden kann.“		Annahme
A155	8	4711		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach: Wir führen die Sanierungs- und Modernisierungsoffensive für Sportanlagen und Schwimmstätten weiter fort „und streben dabei eine Förderung von vereinseigenen Sportstätten in vergleichbarer Höhe anderer Bundesländer.“	Die Förderung vereinseigener Sportstätten liegt im Lande Schleswig-Holstein deutlich unter den Förderungsmöglichkeiten andere Bundesländer. Vereinseigene Sportstätten stärken jedoch den organisierten Sport und verbessern die Angebote vor Ort.	Erledigt durch Annahme A152
A156	8	4724		setze	CDU-KV Pinneberg	setze neue Bulletpoints: - Wir werden das Sportfördergesetz ändern und eine Dynamisierung der finanziellen Förderung des Landessportverbands einführen. - Wir werden uns dafür einsetzen, die Finanzierung für die		Annahme in geänderter Fassung: - Wir werden das Sportfördergesetz ändern und eine Dynamisierung der

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Umsetzung des Sportentwicklungsplanes nicht nur aus dem Haushalt des Innenministeriums sicher zu verfolgen, sondern auch andere fachlich zuständige Ressorts in die Pflicht nehmen.		finanziellen Förderung des Landessportverbands einführen. - Wir werden uns dafür einsetzen, die Finanzierung für die Umsetzung des Sportentwicklungsplanes nicht nur aus dem Haushalt des Sportministeriums sicher zu verfolgen, sondern auch andere fachlich zuständige Ressorts in die Pflicht nehmen.
A157	8	4750		streiche und setze	CDU-KV Kiel	Parteien wirken an der politischen Willensbildung in unserer Gesellschaft mit und sind fester Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung. In den vergangenen Jahren ist es immer schwieriger geworden geeignete Räumlichkeiten und Orte für die Durchführung von politischen Veranstaltungen zu finden. Immer häufiger sind auch öffentliche Gebäude für Veranstaltungen von politischen Parteien nicht nutzbar. Wir wollen, dass politische Parteien und deren Jugendorganisationen und Gliederungen sichtbar in der Öffentlichkeit Veranstaltungen durchführen können und dabei insbesondere auch öffentliche Gebäude nutzen können. Dies wollen wir gegeben falls auch gesetzlich regeln.		Annahme
A158	8	4767		setze	CDU-KV Kiel	setze nach Zeile 4767: • Wir wollen, dass Parteien öffentliche Gebäude für politische Veranstaltungen nutzen können.		Annahme

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
A159	8	5051		Setze	Programmkommission	Setze: In der kommenden Legislaturperiode werden wir ein Musikschulfördergesetz auf den Weg bringen und damit die Unterstützung des Landes für die Musikschulen weiter verbessern.		Annahme
A160	8	5083		setze	Programmkommission	Setze als eigenen Punkt: Wir werden ein Musikschulfördergesetz auf den Weg bringen.		Annahme
A161	8	5099	ff.	streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA SH	<p>streiche Zeilen 5099 – 5103: „Mit der letzten Änderung des Denkmalschutzgesetzes ist in Schleswig-Holstein das deklaratorische Prinzip bei der Erfassung von Denkmalen eingeführt worden. Dieses Prinzip scheint eine breite Akzeptanz gefunden zu haben. Dennoch wollen wir eine Verbesserung der Überprüfungsmöglichkeiten von Eigentümerinnen und Eigentümern von Denkmalen erreichen. Insbesondere müssen Eigentümerinnen und Eigentümer unverzüglich über die Erfassung von Denkmalen informiert werden.“</p> <p>setze: "Mit der Änderung des Denkmalschutzgesetzes ist in Schleswig-Holstein das deklaratorische Prinzip bei der Erfassung von Denkmalen eingeführt worden. Die Rechte von Eigentümerinnen und Eigentümern werden erheblich eingeschränkt, auch durch die nicht gegebene Beteiligung bei der Erfassung eines Denkmals - und auf der anderen Seite werden ihnen kostenintensive Pflichten auferlegt. Dies ist weder sachgerecht noch verhältnismäßig."</p>		Ablehnung
A162	8	5100		streiche und setze	CDU-KV Dithmarschen	streiche den Absatz ab „Dieses Prinzip...“ setze: „Dieses Prinzip straffte den verwaltungstechnischen Prozess der Denkmalfindung erheblich und ließ die Eigentümer der Denkmäler leider teils jahrelang uninformiert über den neuen Denkmalstatus ihres Eigentums. Wir wollen das deklaratorische Prinzip der Denkmalerfassung überarbeiten und die Eigentümer der Denkmäler nicht mehr nachträglich, sondern schon im Vorwege in den Prozess	Der Unmut in der Bevölkerung über die teils erst Jahre später erfolgte Mitteilung der Unterschutzstellung von Denkmälern wächst rasant. Durch die aktuelle Festlegung des Denkmal Begriffs ist ein explosionsartiger Anstieg der	Ablehnung

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						einbeziehen. Ebenfalls wollen wir den bisher formulierten Begriff eines Denkmals überarbeiten und die Flut an neuen Denkmälern im Land beenden. Wir möchten auch weiterhin Leben und Wirtschaften in denkmalgeschützten Gebäuden ermöglichen und sind überzeugt: Nur genutzte Denkmäler werden die Zeit überdauern.“	Denkmäler im Land zu verzeichnen, der mittels der deklaratorischen Feststellung nicht aktiv publiziert wird und immer mehr Probleme verursacht. Besonders in gewerblich genutzten Objekten wird durch die weitreichenden Folgen der Schutzwürdigkeit oft eine zukunftsfähige Weiterentwicklung von Betrieben verhindert. Besonders durch die fehlende Transparenz im Verfahren fühlen sich die betroffenen Bürger entmündigt und enteignet.	
A163	8	5104		streiche und setze	CDU-KV Lübeck	„Neben der Denkmalpflege gibt es auch weitere Staatsaufgaben, die gelegentlich im Konflikt zueinanderstehen.“	Der Begriff der Denkmalpflege umfasst mehr als der Begriff des Denkmalschutzes, der eher hoheitliche Eingriffsrechte meint. Der Begriff der Staatsaufgabe bezeichnet dauerhafte Zwecke, anders als der Begriff des Staatsziels, das mit seinem Erreichen nicht weiterverfolgt wird. Denkmalpflege ist aber eine dauerhafte Aufgabe.	Ablehnung
A164	8	5120		setze	CDU-KV Lübeck	Zeile 5120 setze den letzten Satz wie folgt: „Wir wollen, möglichst in Kooperation mit anderen Bundesländern, eine Akademie für Denkmalpflege ins Leben rufen und das Wissen über dokumentierte Denkmale, unter Beachtung schützenswerter Daten der Eigentümer und	Eine Akademie sollte nicht nur das Wissen über den Denkmalschutz, sondern über die Denkmalpflege vermittelt. Auch wenn sich das Denkmalrecht der Bundesländer	Annahme in geänderter Fassung ergänze nach Zeile 5120: Dabei wollen wir auch

Nr.	Kapitel	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Nutzer, der interessierten Öffentlichkeit digital zugänglich machen.	(leicht) unterscheidet, ist eine Zusammenarbeit zumindest der norddeutschen Bundesländer anzustreben.	Kooperationsmöglichkeiten mit den norddeutschen Bundesländern ausloten.